

AUSZUG AUS DEM STENOGRAPHISCHEN PROTOKOLL

**der 43. Sitzung der
XVIII. Gesetzgebungsperiode
des
Burgenländischen Landtages**

Donnerstag, 29. April 2004

10.13 Uhr - 20.42 Uhr

Tagesordnung

- 1.
 2. *Beschlussantrag, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich (Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG) zur Kenntnis genommen wird*
 - 3.
 - 4.
 - 5.
 - 6.
 - 7.
 - 8.
-

Bericht des Rechtsausschusses über den Beschlussantrag (Beilage 698), mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich (Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG) zur Kenntnis genommen wird (Zahl 18 - 437) (Beilage 736)

Berichterstatte r: S t a c h e r l (S. 5944)

Redner: Mag^a. Margarethe K r o j e r (S. 5945, S. 5969 u. S. 5971), T s c h ü r t z (S. 5948 u. S. 5961), Ing. S t r o m m e r (S. 5953), Mag. M e z g o l i t s (S. 5957), Dr. S a l z l (S. 5961, S. 5962, S. 5963, S. 5968, S. 5972 u. S. 5975), Dipl.Ing. B e r l a k o v i c h (S. 5963), I l l e d i t s (S. 5967), Landesrat K a p l a n (S. 5970) und Landesrat Dr. R e z a r (S. 5974)

Annahme des Beschlussantrages (S. 5977)

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Beschlussantrag (Beilage 698), mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in

Österreich (Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG) zur Kenntnis genommen wird (Zahl 18 - 437) (Beilage 736)

Präsident: Wir kommen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses über den Beschlussantrag, Beilage 698, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich (Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG) zur Kenntnis genommen wird, Zahl 18 - 437, Beilage 736.

Berichterstatte ist Herr Landtagsabgeordneter Stacherl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatte **Stacherl:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss hat den Beschlussantrag, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich (Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG) zur Kenntnis genommen wird, in seiner 33. Sitzung am Mittwoch, dem 14. April 2004, beraten.

Vor Behandlung des Tagesordnungspunktes wurde beschlossen, dass alle anwesenden Landtagsabgeordneten, die nicht dem Rechtsausschuss angehören, gem. § 42 Abs. 1 GeOLT mit beratender Stimme der Verhandlung beigezogen werden.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende meiner Wortmeldung stellte Landtagsabgeordneter Tschürtz eine Frage, die von Landeshauptmann Niessl beantwortet wurde. Danach meldete sich Landtagsabgeordneter Tschürtz abermals zu Wort.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich (Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG) wird gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG zur Kenntnis genommen.

Präsident: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich der Frau Abgeordneten Mag^a. Margarethe Krojer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete **Mag^a. Margarethe Krojer** (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen. Wir haben heute eine Vereinbarung zur Kenntnis zu nehmen. Mit 1. Mai wird das gesamte Asylwesen in Österreich neu geordnet. Am 1. Mai tritt diese Vereinbarung, die wir heute zur Kenntnis nehmen, zur Betreuung von Flüchtlingen in Kraft. Danach sollen alle AsylwerberInnen in Quartieren untergebracht werden, die von den Bundesländern zur Verfügung gestellt werden. Das bedeutet für die Bundesländer, dass sie auf Herbergssuche für AsylwerberInnen gehen müssen und bis 1. Mai die entsprechenden Quartiere zur Verfügung stellen müssen. Diese Unterkünfte werden zu 60 Prozent vom Bund und zu 40 Prozent von den Ländern finanziert.

Es ist höchst an der Zeit, dass hier endlich etwas passiert. Die Nachrichten des gestrigen Tages zeigen, wie dramatisch die Situation ist. Eine unfassbare Situation in Gmünd. 60 Flüchtlinge, die dort über die tschechische Grenze gekommen sind, stünden ohne Quartier und Versorgung auf der Straße. Sie seien nach der erkennungsdienstlichen Behandlung mit dem Hinweis, dass es keine Quartiere gäbe und sie sich selbst etwas suchen müssten, etwa in Traiskirchen, zum Bahnhof gebracht und dort sich selbst überlassen worden.

Zweites Beispiel. Ein wenig näher, nicht so weit wie Gmünd: „Burgenland. Die Caritas macht mobil. Die Caritas Eisenstadt schlägt Alarm. Die Situation obdachloser Flüchtlinge im Burgenland wird immer dramatischer, schlägt die Caritas der Diözese Eisenstadt Alarm. In den Caritas-Notquartieren gäbe es keinen einzigen Platz mehr. Es kommen aber fast täglich Gruppen von Flüchtlingen, die von den Behörden, wie dem Bundesasylamt und der Fremdenpolizei ohne Dach über dem Kopf auf die Straße geschickt werden. Daher fordert die Caritas zusätzliche Unterbringungsplätze. Besondere Dramatik herrschte laut Caritas Eisenstadt am Dienstagnachmittag, als plötzlich 25 tschetschenische Flüchtlinge mit insgesamt 12 Kindern, darunter ein 17 Tage altes Baby, plötzlich im Caritas-Haus standen. Sie wurden vom Bundesasylamt geschickt. Dort wurden sie ohne Information über Unterkunft und Verpflegung weggeschickt. Auch von der Sozialabteilung des Landes habe man die Auskunft bekommen, dass man keine Quartiere für die Tschetschenen zur Verfügung stellen könne.“ (*Landesrat Dr. Rezar: Wir haben sie aber untergekriegt.*)

Der Landesrat sagt: „Wir haben sie aber untergekriegt.“ Das ist auch gut so, dass das geschehen ist. Es ist den Medienberichten auch zu entnehmen, dass die Caritas sagt, dass man vorübergehend Unterkunft für die Obdachlosen für zwei Nächte gefunden habe. Was aber weiterhin passiert, bleibt völlig unklar.

Dann haben wir weiters Situationen, dass die FPÖ - in Sauerbrunn zum Beispiel - sich stark macht gegen die Unterbringung dieser Flüchtlinge und so eigentlich Ängste schürt, die unserer Meinung nach völlig unangebracht sind.

Es gibt hier einen Brief von der Plattform Mitmensch, den sie auf Grund dieser fürchterlichen Situation, die sich in Sauerbrunn ergeben hat, geschrieben haben und sich jetzt gegen die Situation auch wehren.

Ich zitiere daraus einen kleinen Auszug: „Flüchtlinge sind keine Kriminellen. Flüchtlinge sind Fremde, die Krieg und brutaler Unterdrückung entkommen sind. Angst vor Flüchtlingen mag begreiflich sein. Aber es ist die Angst von Leuten, die in einem sicheren Land im warmen Wohnzimmer sitzen - im Gegensatz zur Angst jener, die alles außer ihrem nackten Leben verloren haben und bei uns einer ungewissen Zukunft entgegengehen. Asylsuchende sind nicht die einzigen Menschen, die Schutz brauchen - sie sind aber die Ärmsten unter den Armen.“

Wenn wir bedenken, dass Österreich das siebentreichste Land der Welt ist, dass Österreich eine unheimliche Welle von Hilfsbereitschaft bei Spenden zeigt, dass Österreich eine unheimliche Bereitschaft gezeigt hat, zum Beispiel im Jahr 1956, als es den Menschen weit schlechter gegangen ist als heute. Oder im Jugoslawienkrieg, wo die Menschen aus den vertriebenen Ländern hier im Burgenland Unterkunft gefunden haben, wo die Gemeinden und die Menschen bereit waren, sie aufzunehmen. Das zeigt, wie groß die Bereitschaft in Österreich ist und das zeigt, wie vergiftet diese Atmosphäre ist, seit die FPÖ an der Regierung ist und seit Innenminister Strasser eine derartige Asylpolitik betreibt.

Die vorliegende 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern regelt die vorübergehende Grundversorgung für alle vertriebenen Menschen, die sich in Österreich aufhalten. Das ist keine freiwillige Aktion, die jetzt Österreich startet. Die Bund-Länder-Vereinbarung ist die Umsetzung einer EU-Richtlinie zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Flüchtlingen in den Mitgliedstaaten. Die Europäische Union verpflichtet Österreich, spätestens ab Februar 2005 allen hilfs- und schutzbedürftigen Flüchtlingen eine Grundversorgung zu gewähren.

Diese Regelung gibt es nicht deshalb, weil die Regierung plötzlich so nett ist, sondern die Regierung wurde gezwungen, eine minimale Grundversorgung für vertriebene Menschen zu gewährleisten und diesem unwürdigen Ist-Zustand im siebentreichsten Staat der Welt endlich ein Ende zu setzen.

Österreich muss dieser Verpflichtung jetzt nachkommen. Deshalb, wie gesagt, stellt diese Vereinbarung, die wir heute hier liegen haben, keine freiwillige Leistung dar, sondern ist bloß der Vollzug von EU-Gesetzen. Der Weg, den Österreich gewählt hat, ist die Minimalstvariante der Minimalvarianten. Österreich hat wieder eine Chance vertan, diese Materie ordentlich, umfassend und menschenwürdig zu regeln.

Bei dieser Vereinbarung handelt es sich um eine Grundversorgung von verschiedenen Gruppen von vertriebenen Menschen. Es handelt sich um eine Grundversorgung für AsylwerberInnen, für Fremde, deren Asylantrag rechtskräftig abgelehnt worden ist, die man aber nicht abschieben kann, Fremde mit Aufenthaltsrecht und Fremde ohne Aufenthaltsrecht. Wir haben erst vor kurzem das Sozialhilfegesetz beschlossen und haben hier eine Verbesserung im Sozialhilfebereich für diese Menschen erreicht.

Diese Vereinbarung gilt aber auch für Fremde ohne Aufenthaltsrecht, die nicht abschiebbar sind, auch für Fremde, die entweder in Schubhaft genommen werden können oder bis zu deren Außerlandesbringung.

Die Grünen haben sich jahrelang dafür eingesetzt, dass Obdachlosigkeit und Elend für alle Flüchtlinge endlich ein Ende findet. Wenn wir daran denken, dass diese Menschen

vertrieben, verfolgt, gefoltert, Frauen vergewaltigt worden sind und sich dann hier wieder auf der Straße mit neugeborenen Babys befinden, dann ist das eigentlich ein Akt der Unmenschlichkeit, wenn hier mit dieser Situation so umgegangen wird. Die bisherige Situation und Praxis in der Asylpolitik war untragbar. Deshalb begrüßen wir diese 15a-Vereinbarung grundsätzlich. Sie ist verglichen mit dem Ist-Zustand tendenziell eine riesige Verbesserung.

Wie gesagt, die Praxis war bisher untragbar. Es gibt aus der Asyl- und Fremdenstatistik des Bundesministeriums für Inneres vom Juni 2003 einen Bericht, wo steht, dass von allen Menschen, die in Österreich um Asyl ansuchen, nur ein Fünftel in Bundesbetreuung ist. Das heißt, für ein Fünftel hat der Bund die Verantwortung übernommen. Alle anderen sind irgendwo, entweder bei der Caritas oder anderen NGOs, bei anderen Flüchtlingsorganisationen oder privat untergekommen oder leben von der Sozialhilfe der Länder. Das heißt, diese Situation ist hoffentlich bald nicht mehr die Realität.

Die kirchlichen Organisationen und die NGOs wurden mit der Bürde der Versorgung von obdachlosen AsylwerberInnen alleine gelassen. Ich darf erinnern, dass die Caritas im Land sehr lange klagen musste, und sie hat im letzten Budget 15.000 Euro finanzielle Unterstützung laut Budget bekommen.

Wir Grünen haben wiederholt gefordert, dafür Sorge zu tragen, dass - wie es auch in den meisten anderen Ländern der Europäischen Union üblich ist - alle hilfsbedürftigen Asylsuchenden während der Zeit ihres Asylverfahrens untergebracht sind und mit dem Notwendigsten versorgt werden. So ist zum Beispiel ein ganz wesentlicher Aspekt eines fairen Asylverfahrens eine Zustelladresse zu haben, denn wo kann ich denn den Asylwerber verständigen, wenn er nicht einmal eine Adresse hat. Ein weiterer wesentlicher Bestandteil eines fairen Asylverfahrens ist die Grundversorgung.

Diese Richtlinie des Rates muss bis Februar 2005 in nationales Recht umgesetzt werden. Das ist ein wichtiger Schritt bei der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems. Insbesondere die Festlegung, dass grundsätzlich allen hilfsbedürftigen Asylsuchenden in der Europäischen Union ein gewisses Maß an Grundversorgung inklusive Unterkunft zu gewährleisten ist, sehen wir vor dem Hintergrund der österreichischen Situation als großen Fortschritt an.

Aus menschenrechtlicher Sicht begrüßen wir, dass nicht abschiebbare Personen in Zukunft nicht sich selbst überlassen werden, sondern ein Mindestmaß an Versorgung erhalten sollen. Denn das ist ja auch ein Sicherheitsaspekt für unsere Menschen, für all jene, die die Sicherheit unserer Menschen im Auge haben, was ein wichtiger Aspekt ist. Auch die Sicherheit unserer Bevölkerung ist wichtig. Daher ist gerade diesem negativen und auch diesem Konfliktpotential, das selbstverständlich hier entsteht, entgegenzuwirken.

Wie sich das mit dieser 15a-Vereinbarung ausgehen soll, ist die Frage. Wo auf 170 Flüchtlinge ein Betreuer beziehungsweise eine Betreuerin kommt. Das sind dann vier Betreuungspersonen für 600 Flüchtlinge im Burgenland von Kittsee bis nach Kalch, möglicherweise auch aufgeteilt. Das können wir uns überhaupt nicht vorstellen. Vielleicht sind diese Menschen, die aus einer Terrorsituation, aus einer Gewaltsituation kommen, sogar auch mit politischen Gegnern in einem Quartier untergebracht. Auch das ist eine Schwierigkeit. Sie können nicht arbeiten, sie sind traumatisiert, sie sind vielleicht auch in

der Situation, dass sie aus Verhältnissen kommen, wo sie keine Arbeit haben und wo die Abhängigkeit von anderen natürlich auch zusätzlich die Situation verschärft.

Wie gesagt, grundsätzlich sehen wir diese 15a-Vereinbarung als eine Verbesserung der Ist-Situation. Wir haben aber sowohl im Nationalrat als auch werden wir heute dieser Vereinbarung dennoch nicht unsere Zustimmung erteilen, weil sie aus unserer Sicht absolut schinant ist. Wie gesagt, für das siebentreichste Land der Welt eine derartige Vereinbarung auszuverhandeln, ist eigentlich unserer Meinung nach nicht menschenwürdig.

Kritikpunkte sind: Durch diese Vereinbarung wird kein Rechtsanspruch von Asylwerbern auf Grundversorgung gewährleistet. Das heißt, niemand, der hier Asyl sucht, hat einen Rechtsanspruch darauf, obwohl die EU-Richtlinie bis Februar 2005 diesen Rechtsanspruch verlangt umzusetzen.

Die Kostenhöchstsätze. Bitte 80 Euro pro Tag für einen Minderjährigen! Die Jugendlichen, die jetzt auf der Galerie sitzen, werden sich vorstellen können, was man mit 2,60 Euro Essensgeld pro Tag anfangen kann. Ein 17-jähriger Jugendlicher - ich habe selbst einen Sohn, der ist jetzt mittlerweile 22 und nicht mehr 17, aber ich weiß, was der am Tag vertilgen kann, wenn er Sport betreibt - wird mit Sicherheit mit 2,60 Euro nicht satt. Der Betreuungsschlüssel von 170 Personen pro BetreuerIn ist extrem schlecht. Wie gesagt, vier BetreuerInnen auf eine Quote von 600 Flüchtlingen im Burgenland.

Ein anderer Aspekt. Wenn der Bund AsylwerberInnen aus der Bundesbetreuung entlässt, dann fallen die Kosten zu 100 Prozent den Ländern zur Last, also müssen von den Ländern bezahlt werden. Außerdem kann es jetzt sein, dass es einfach keine durchgängige gleiche Versorgung gibt. Neun Möglichkeiten sind jetzt offen. In neun Bundesländern können die Regelungen auch unterschiedlich ausschauen. Das heißt, es kann unter Umständen neun unterschiedliche Zugänge zum Rechtsanspruch und unterschiedliche Schutzniveaus geben.

Wir werden dieser 15a-Vereinbarung auch hier im Burgenländischen Landtag nicht unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei den Grünen)*

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Tschürtz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Tschürtz** (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Frau Abgeordnete Krojer hat gerade davon gesprochen, dass Österreich das siebentreichste Land der Welt ist. Sie hätten nur noch - und das wäre sehr wichtig gewesen - dieser Bundesregierung dazu gratulieren müssen. *(Heiterkeit bei den Grünen - Abg. Gertrude Spieß: Ihr könnt nichts dafür!)* Wer, wenn nicht die Bundesregierung kann dieses Wachstum fördern und auch durchsetzen? *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und der Grünen)* Sie wollen das nicht hören! Die Bundesregierung besteht aus ÖVP und FPÖ, und wir sind das siebentreichste Land der Welt. Sie haben es vorhin gerade gesagt.

Wenn Sie vom siebentreichsten Land der Welt sprechen, dann sage ich Ihnen schon noch, und das dürfen Sie auch nicht vergessen, dass wir achtmal so viele

Flüchtlinge in Österreich aufnehmen wie der EU-Durchschnitt. Also vergessen Sie das auch nicht, Frau Abgeordnete Krojer.

Menschenhändler - Sie können auch Schlepper dazu sagen - bringen über 200 Illegale pro Woche nur über die burgenländische Grenze - das muss man sich auch einmal vorstellen -, die nicht alle aufgegriffen werden und die nicht alle um Asyl ansuchen. Man muss schon das Problem auch beim Kopf ansprechen.

Ich sage Ihnen, der Bereich Sicherheit wird uns noch sehr viel beschäftigen. Es kommt jetzt die EU-Osterweiterung, und gerade deshalb wird uns dieser Bereich der Sicherheit noch sehr viel beschäftigen.

„Täglich 150 obdachlose Asylanten, (Abg. Mag^a. Margarethe Krojer: *AsylwerberInnen!*) ein Heer an Obdachlosen in Österreich.“ Genau das, was ich jetzt vorgelesen habe, hat die Caritas in der „Kronen Zeitung“ präsentiert. (Abg. Mag^a. Margarethe Krojer: *Asylant ist ein Schimpfwort.*)

Ich habe kein Wort hinzugefügt. Die Überschrift war: „Täglich 150 obdachlose Asylanten, ein Heer an Obdachlosen in Österreich.“ Die Caritas in der „Kronen Zeitung“. Unterstellen Sie nicht mir, sondern ich zitiere nur aus der „Kronen Zeitung“. Nur damit wir das wissen. Das wird ja doch noch erlaubt sein.

Wir alle wissen, zusätzlich stürmen Illegale, welche nicht aufgegriffen werden, unser Land. Man darf auch nicht vergessen, über zwei Drittel der inhaftierten Straftäter in Österreich sind Nichtösterreicher. Ich sage bewusst nicht Ausländer, sondern Nichtösterreicher. Von sieben Millionen Inländern und einer Million Nichtösterreichern kommen zwei Drittel der straffällig gewordenen Häftlinge nicht aus Österreich sondern aus 109 Ländern. Das muss man sich einmal vorstellen. Das heißt, Österreich nimmt achtmal so viele Flüchtlinge und Asylanten auf wie der EU-Durchschnitt. Das möchte ich noch mal unterstreichen!

Der SPÖ Justizsprecher Johannes Jarolim hat Folgendes gesagt. Aber bevor ich zu dem Spruch des Justizspechers Jarolim komme noch eine Anmerkung. Jeden Tag gibt es in Österreich schon über 1.800 Straftaten. Die Eigentumsdelikte explodieren. Einbrüche, bewaffnete Raubüberfälle und besonders der gesamte Drogenbereich steigt fast schon ins Unermessliche. Besonders auch die Kreativität der Drogenerzeugung kennt keine Grenzen mehr. Wir alle wissen, dass es plötzlich Drogen am Markt gibt, die es vorher noch nie gegeben hat. (Abg. Dr. Salzl: *Das ist ein Faktum!*) Das ist Faktum; das sind nur faktische Zahlen.

Zurück nun zum Justizsprecher Johannes Jarolim. Er sagte im „Kurier“ vom 6. 4. 2004: „Würde man mehr von den bedingten Entlassungen Gebrauch machen, könnte man die Situationen in den Gefängnissen verbessern. Straftäter müssen verstärkt auf freien Fuß gesetzt werden.“ Ich sage Ihnen, anscheinend vergisst dieser SPÖ Justizsprecher auch unser Österreich. Wir Freiheitliche, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir schützen unser Österreich. (Beifall bei der FPÖ)

Die Asylvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern ist sicherlich notwendig. Das ist mir schon ganz klar. Dieses Problem wird uns noch links überholen. Da bin ich mir auch ganz sicher. Daher wird es Zeit, über die Grenzen hinaus publik zu machen, dass das Boot bald voll sein wird. Das muss man auch einmal zur Kenntnis

bringen. *(Abg. Kölly: Das ist schon voll. - Abg. Dr. Salzl: Die Bevölkerung spielt nicht mehr mit.)*

Die gesamte EU, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat die Verpflichtung einer gerechteren Aufteilung. Das muss man auch einmal sagen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Denn Österreich, ich sage es noch mal, damit wir das wirklich wissen, nimmt achtmal so viele Flüchtlinge auf wie der EU-Durchschnitt. Nur wir Freiheitliche sind im Stande die EU unter Druck zu setzen, denn nur die Freiheitlichen, sehr geehrte Damen und Herren, trauen sich, Probleme halt beim Namen zu nennen. Es ist eben einmal so. Denn wir schützen Österreich! *(Abg. Mag^a. Margarethe Krojer und Mag. Vlasich verlassen den Landtagssitzungssaal)* Das ist so und da können Sie den Landtagssitzungssaal verlassen wie Sie wollen. Das heißt, Sie verabschieden sich von jeder Verantwortung, aber es soll so sein. *(Beifall bei der FPÖ)*

Im Burgenland gibt es neben der ständigen Zahl von Asylanten und Illegalen bereits über 800 Einbürgerungen pro Jahr. In ganz Österreich gibt es 44.000 Einbürgerungen pro Jahr. Damit man sieht, was Österreich überhaupt leistet. Das heißt, dass ein Bundesland in der Größe des Burgenlandes, wenn man es so haben will, in sechs Jahren ausgetauscht ist. *(Abg. Mag. Mezgolits: Ausgetauscht ist es nicht!)* Das muss man sich einmal vorstellen.

Österreich ist in der EU nicht mehr willkommener Nettozahler, sondern - das ist ja klar ersichtlich - Österreich ist in der EU auch Nettoflüchtlingsempfänger. Das kann man ruhig so ansprechen.

Die Grünen werden dieser Vereinbarung deshalb nicht zustimmen, weil angeblich kein Rechtsanspruch für eine Grundversorgung besteht. Das habe ich gestern im Radio gehört und auch in der Zeitung gelesen. Kein Rechtsanspruch für Grundversorgung? Dann frage ich mich schon, ob Sie diesen Artikel 6 nicht gelesen haben. Im Artikel 6 steht ganz klar drinnen: Unterkunft, Verpflegung, Krankenversicherung, medizinische Betreuung, Unterstützung für pflegebedürftige Personen, Fahrtkosten, Schulbedarf, Deutschkurse, Bekleidung, Freizeitgeld, Taschengeld, Maßnahmen zur Strukturierung des Tagesablaufes und vieles mehr. Das heißt, ein Grundversorgungspaket. Mehr geht, glaube ich, nicht mehr. Ich frage mich wirklich, welche Vorstellungen die Grünen hier haben? *(Abg. Dr. Salzl: Sie haben keine!)*

Oder vielleicht haben die Grünen folgende Vorstellung: Jedem Flüchtling sein Auto oder jedem Flüchtling sein 1.000 Quadratmeter Grundstück mit Haus oder jedem Flüchtling eine Sofortpension. Vielleicht ist das die Intention der Grünen? Ich weiß es nicht. Ich sage noch einmal, es ist ja so. *(Abg. Gertrude Spieß: Aber bitte, Herr Kollege Tschürtz.)*

Frau Kollegin, haben Sie sich die Grundversorgungsmaßnahmen angeschaut. In dieser Vereinbarung ist alles abgedeckt: Vom Freizeitgeld bis zum Taschengeld, Verpflegung, medizinische Versorgung. Da ist alles rund um die Palette abgedeckt.

Ich glaube, wenn die Frau Klubobfrau sagt, Österreich ist das siebentreichste Land der Welt, dann hat sie Recht. Danke dieser Bundesregierung, dass wir das siebentreichste Land der Welt sind. *(Heiterkeit des Abg. Dr. Ritter)*

Sie können ruhig lachen. Aber Faktum ist, wer ist in der Bundesregierung? (*Abg. Gossy: Wer hat Österreich dahin gebracht? Wo war es vorher?*) Wer? Na sagen Sie es? Wer regiert dieses Land? Österreich ist das siebentreichste Land der Welt. Das ist Faktum.

Ich sage Ihnen, die Burgenländerinnen und Burgenländer können froh sein, glauben Sie mir, dass es eine FPÖ gibt, die sich wirklich Dinge (*Abg. Gossy: Sag beim Namen nennen!*) beim Namen nennen traut.

Hoffentlich versprechen Sie sich nicht auch einmal. Aber ich weiß, Sie sind natürlich rhetorisch über drüber. Sie sind so gut, ich bin schon neugierig auf Ihre heutige Wortmeldung.

Die Aufgaben der Länder sind im Artikel 4 ebenfalls genauestens angeführt. Und unter Punkt 4 ist die Schaffung und Erhaltung der zur Versorgung der Fremden erforderlichen Infrastruktur festgelegt. Genau hier gibt es dieses massive Problem.

Am Beispiel Bad Sauerbrunn, das vorher hier angeführt wurde, ... (*Abg. Gertrude Spieß: Das ist ein Musterbeispiel für Sie.*) Das ist ein Musterbeispiel! Sie vergessen aber, liebe Kollegin Abgeordnete Gertrude Spieß, dass über 900 Bad SauerbrunnerInnen, von 1.300 Wahlberechtigten, hier eine Unterschrift geleistet haben. (*Abg. Gertrude Spieß: Das weiß ich. Sie haben diese Aktion ja initiiert.*) Sie habe ein großes Haus. Ich würde Ihnen empfehlen, dass Sie selbst Flüchtlinge aufnehmen. Das ist doch überhaupt kein Problem. Es wäre doch wirklich zweckdienlich und auch sinnvoll.

Im Kurort Bad Sauerbrunn sollte mitten in der Ortschaft ein Asylantenheim entstehen. Nur einige Meter weiter gibt es das Vier-Sterne-Kurhotel. Ich weiß, ich kenne die Aussage des Herrn Direktor Schuster nicht, aber ob er sehr erfreut gewesen wäre, kann ich mir kaum vorstellen.

Man darf auch nicht vergessen, dass es im Bezirk Mattersburg pro Jahr 80.000 Übernachtungen gibt. Im ganzen Bezirk Mattersburg! Davon entfallen allein 70.000 Übernachtungen nur auf Bad Sauerbrunn.

Es kann mir keiner erklären, warum ich in der Mitte des Hauptplatzes ein Flüchtlings- oder Asylantenheim errichten muss. Man hat ja gesehen, dass auch die Bevölkerung von Bad Sauerbrunn damit nicht einverstanden war. (*Zwiegespräche bei den Abgeordneten*)

Im Burgenland wird nun der Asylstand, sowie vorher immer kolportiert, nicht 600 Personen, sondern 394 oder manchmal wieder 350 sein. Das pendelt nach oben und auch nach unten. Aber ich sage Ihnen: Im Vergleich zu Vorarlberg, mit 212, sind wir immer noch viel zu hoch.

Es kann auch unmöglich Sinn machen, im Burgenland zehn Asylheime entstehen zu lassen, die sich im Laufe der Jahre zu Flüchtlingslagern entwickeln. Man hat ja in Traiskirchen bereits gesehen, dass hier ein großes Zentrum nicht hilfreich sein kann.

Es muss auch restriktivere Maßnahmen geben. Es müssen auch restriktivere Maßnahmen angewendet werden, denn alle, die nach Österreich kommen, müssen erkennen, dass sie sich auch an die Gesetze unseres Landes zu halten haben.

Tun wir doch nicht so, als ob alle Asylanten einen Heiligenschein hätten. Das kann man doch wirklich nicht sagen. Die Zeitungsartikel der letzten Tage zeigen das. *(Abg. Gertrude Spieß: Sie machen es gerade umgekehrt. Sie setzen voraus, dass alle Asylanten schlecht beziehungsweise kriminell sind. - Allgemeine Unruhe)*

Asylanten wollen nicht auf Alm! Das war in den letzten Tagen der Titel eines Zeitungsartikels. Das muss man auch ansprechen. *(Zwiegespräche der Abg. Gertrude Spieß und Dr. Salzl - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Asylanten wollen nicht auf Alm! Proteste um Tschetschenen. Sie fordern im Quartier einen Internetanschluss. Asylanten - nächste Schlagzeile - hatten Werkzeug zum Autoknacken in den Rucksäcken - steht in der „Kronen Zeitung“ vom 6.4. dieses Jahres.

Oder: Asylwerber als Rauschgifthändler gefasst! Das hat nicht die Freiheitliche *(Abg. Dr. Salzl: Die Frau Spieß liest doch solche Artikel nicht.)* Partei geschrieben, sondern das alles stand in den letzten Tagen in der „Kronen Zeitung“. *(Abg. Mag. Helga Braunrath: Na, dann muss es auch etwas bedeuten, oder?)* Drogendealer ging auf Polizisten los! Asylwerber als Rauschgifthändler gefasst!

Ich weiß nicht, darf man das nicht sagen? Ich weiß schon, Frau Abgeordnete: Ja nichts sagen! Man darf das überhaupt nicht beim Namen nennen. *(Abg. Mag. Helga Braunrath: Meine Güte, sie ist ja auch keine Bibel. Die „Kronen Zeitung“ ist keine Bibel! Gott sei Dank!)*

148 Drogenkugeln bei Asylwerbern gefunden! Das ist alles egal. Oder - gestern in der Zeitung - Afrikaner, ich sag das so, wie es dort steht, ich sage nichts anderes dazu, verkaufte Todesdroge! 18-jähriger Soldat starb im Spital! Das darf man anscheinend nicht von sich geben. *(Allgemeine Unruhe)*

Ich sage Ihnen: Menschen, die in Not sind, sollen Asyl bekommen, da hat niemand etwas dagegen. Familien mit Kindern, Menschen, die hier wirklich in Not sind. Aber es kann doch nicht so sein, dass ständig und immer wieder wir die Tore aufmachen für jeden, der nur irgendwann kommt und sagt, er möchte hier Asyl. Denn, ich sage Ihnen, im tiefsten Afrika, da gibt es wirklich in Not lebende Kinder und Familien. Ich weiß nicht, sind das nun zehn oder 15 Millionen. Denen sollte man doch helfen und denen gehört auch geholfen.

Deshalb wird es wichtig sein, die notwendigen Asylplätze, auch in unserem Burgenland, aufzuteilen. Das meine ich wirklich und auch durchaus ernst. Jeder Grüne, jeder Rote und auch alle so genannten Kerzermarschierer, sollten eine Familie aufnehmen und das Problem wäre sofort gelöst. *(Abg. Köllly: Bravo! - Beifall bei der FPÖ)*

Die Aufteilung in Kleinstunterbringungen ist hier zu forcieren. Die Kostenersätze für organisierte Unterkünfte sollen natürlich dann den individuellen Unterkünften angepasst werden.

Dieser Vorschlag mit den Kleinstunterbringungen stammt nicht nur von mir, sondern, gestern hat man es gelesen, auch von Minister Strasser. Der ist ebenfalls für Kleinstunterbringungen. Er sagt: Wenn in jeder Ortschaft ein oder zwei Familien aufgenommen werden würden, dann wäre dieses Problem mit einem Schlag gelöst.

Alle Grünen, alle Kerzerlmarschierer und auch alle Roten, die hier so Dampf gemacht haben, (*Abg. Ilse Benkö: Jawohl!!*) sollen jetzt beweisen, ob sie es wirklich ernst meinen. Sie sollen in ihrem eigenen Heim eine kleine Familie aufnehmen. Das kann ja nicht das Problem sein. (*Abg. Gertrude Spieß: Es ist beschämend! Das ist wirklich beschämend.*) Das meine ich auch durchaus ernst. (*Beifall bei der FPÖ - Zwiegespräche bei den Abgeordneten*) Warum auch nicht? (*Abg. Gertrude Spieß: Also, das ist wirklich äußerst beschämend.* - *Abg. Dr. Salzl: Nicht nur reden, sondern auch etwas tun!*)

Sie sollten vor der Sitzung Valium nehmen. Sie verschlucken sich. (*Landesrat Bieler: Sagen Sie es doch dem Bischof!* - *Abg. Gertrude Spieß: Ich kann nichts anderes sagen, als, dass es beschämend ist!*)

Da viele Vertragspunkte schwer erfüllbar sind, werden wir uns nach ... (*Landesrat Bieler: Sagen Sie es auch dem Bischof.* - *Abg. Gertrude Spieß: Ich bin wirklich sprachlos! Es ist beschämend. Wir reden hier von Menschen!* - *Abg. Dr. Salzl: Stellen Sie den Asylanten doch ein Kabinett zur Verfügung. Wie gesagt, nicht nur schön reden, sondern auch etwas bewegen!* - *Abg. Ilse Benkö: Ist es vielleicht menschenunwürdig, wenn kein Internetanschluss zur Verfügung gestellt wird? Das ist doch wirklich allerhand.*)

Wir reden von Menschen! Richtig! Das ist wirklich unwürdig! (*Der Präsident gibt das Glockenzeichen* - *Landesrat Bieler: Was Sie hier von sich geben, ist ein Wahnsinn.*) Ich sag Ihnen, Herr Landesrat, wir schützen Österreich, Sie schützen andere. Es soll so sein. (*Abg. Ilse Benkö: Jawohl!* - *Beifall bei der FPÖ*)

Da viele Vertragspunkte schwer erfüllbar sind, werden wir uns mit Nachdruck die künftigen Quartiere ansehen. (*Abg. Gertrude Spieß: Wir schützen Menschen. Menschen sind wir nämlich alle!* - *Allgemeine Unruhe*) Wir werden uns die künftigen Quartiere ansehen. (*Zwiegespräche bei den Abgeordneten*)

Am Beispiel von Bad Sauerbrunn ist klar ersichtlich, dass nur die Freiheitlichen mit aller Konsequenz für unsere Burgenländer eintreten. Ich sage Ihnen: FPÖ heißt Burgenland zuerst! Das sieht man ganz deutlich und kann es klar erkennen. (*Beifall bei der FPÖ* - *Abg. Gertrude Spieß: Zuerst sind wir hier Menschen. Ich setze mich für Menschen ein!*) Sie setzen sich für Nichtösterreicher ein, wir setzen uns für unsere Heimat ein. Das kann man heute bei den Wortmeldungen durchaus erkennen. (*Abg. Sr. Salzl: Sie haben doch sicherlich ein Kabinett frei, oder?* - *Abg. Gertrude Spieß: Wie bereits gesagt, ich setze mich für Menschen ein!*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden dieser Asylvereinbarung zustimmen, da es wichtig ist, anhand von Richtlinien, nicht die totale Öffnung zuzulassen, mit dem massiven Hinweis, dass die Anwendung dieser Asylvereinbarung vom Anwalt der Bürger, sprich der FPÖ, mit aller Konsequenz auch bei der Quartiersuche kontrolliert wird. (*Beifall bei der FPÖ* - *Abg. Ilse Benkö: Bravo!*)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Ing. Strommer das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Ing. Strommer** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich habe ich erwartet, dass wir eine Stunde oder

eineinhalb Stunden später erst zu diesem Tagesordnungspunkt gelangen, weil heute doch zwei dringliche Anfragen eingebracht wurden.

Die letzten dringlichen Anfragen wurden zu Beginn der Tagesordnung, die heutige wird erst am Ende der Tagesordnung, respektive, vor 16 Uhr behandelt. Der Herr Präsident hat das Recht das zu tun. Wenngleich ich doch glaube, dass zumindest die eine Anfrage, die der Herr Kollege Berlakovich an den Herrn Landeshauptmann gerichtet hat, doch eine ist, wo man offensichtlich sehr daran interessiert ist, sie möglichst spät, in der Nacht oder nach Mitternacht abzuhandeln. Das ist eine Sache, wo anscheinend der Herr Landeshauptmann und der Herr Präsident, die ja beide im Österreich-Konvent das Land Burgenland vertreten, aber selten persönlich dort sind, ohne den von uns geforderten und auch durchgesetzten Landesausschuss damit zu befassen, angeblich etwas gesagt haben, oder auch nicht, oder eingebracht haben. Lange Rede, kurzer Sinn: Es geht darum, ob es in Österreich, im Burgenland, hinkünftig Schulen unter 300 Kinder geben wird oder nicht.

Der Herr Landeshauptmann hat erklärt, dass an seiner Stelle der Herr Landesamtsdirektor Dr. Tauber, das dort mündlich bekannt gegeben hätte. Im entsprechenden Protokoll ist davon jedoch nichts zu sehen. Aber, es wird heute trotzdem noch Zeit sein, das zu diskutieren! Ich sage nur, dass ich manchmal sehr erstaunt bin über diese Vorgangsweise. Es liegt im Ermessen des Präsidenten, aber ich erkenne nur eine Tendenz daraus: Wenn es angenehm ist, werden dringliche Anfragen vor Eingang in die Tagesordnung zugelassen, wenn es nicht angenehm ist, dann werden diese dringlichen Anfragen eben auf später verschoben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Debatte steht die Art. 15a-Vereinbarung und damit komme ich zum eigentlichen Tagesordnungspunkt, damit der Herr Präsident zu seinem Mittagessen kommt. *(Abg. Prior: Ich glaube, Sie sind ein bisschen im falschen Film. Sicherlich!)*

Nein, bin ich nicht, Herr Präsident! Ich bin im Burgenländischen Landtag, das ist kein Film. Hier geht es darum, dass politische Themen, die das Land betreffen, auch entsprechend abgehandelt werden.

Zur Diskussion steht, das wurde heute schon entsprechend ausgeführt, die Art. 15a-Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich, Zahl 18 - 437, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Diese Vereinbarung hat schon im Vorfeld viele Diskussionen hervorgebracht, aber auch zu vielen Diskussionen, unterschiedlicher Auffassung zwischen den Parteien, zwischen dem Bund und den Ländern, zwischen den öffentlichen Institutionen und Einrichtungen sowie den privaten Hilfsorganisationen geführt.

Natürlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das liegt ganz in der Natur der Sache, waren stets der Innenminister auf Bundesebene und der jeweilige Sozialreferent auf Landesebene, wechselweise Reibebaum in all diesen Diskussionen.

Tatsache ist, dass wir seit dem Beginn der 90er-Jahre die Situation mit einer großen Zahl von Fremden, von Flüchtlingen, von Asylwerbern, nicht nur in Österreich, sondern in ganz Westeuropa, und ich sage das unter Anführungszeichen, bewältigen müssen.

Es gilt hier, und da möchte ich mich doch etwas von der Sprache meines direkten Vorredners abgrenzen, Menschen entsprechend zu versorgen. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und den Grünen)*

Ich glaube, dass es nicht zum Stil dieses Hauses gehört, wenn solche Worte bei *(Abg. Tschürtz: Sehr wohl.)* hilfsbedürftigen Menschen verwendet werden, wenngleich nicht alles, was wir hier in Österreich haben, so wie es ist, gut ist. Ich stimme auch in gewisser Weise mit dem Kollegen Tschürtz überein, dass wir hier doch einiges verbessern müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass diese Diskussion in Österreich geführt wird. Ich glaube, wir sollten schon im Ausland mit unserer Hilfe beginnen und die Menschen vor Ort so unterstützen, dass möglichst wenige Personen in die Lage geraten, flüchten zu müssen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das beginnt mit einer ausgezeichneten Außenpolitik und mit dem Einsatz unserer Kräfte des Bundesheeres im Ausland, wenn es gilt, Frieden zu erhalten, zu schaffen und auch zu erzwingen. Ich darf nur auf die entsprechenden Verträge in den Petersberg-Dokumenten verweisen. Sie tragen die Unterschrift des damaligen Bundeskanzlers Klima. In den Petersberg-Missionen sind auch Einsätze des Bundesheeres zur Friedenserzwingung verankert. Das heißt, wenn in Ländern, wie Tschetschenien, die eigentlich sehr weit weg von uns sind, Unruhen passieren, so trifft uns das drei, vier, fünf oder sechs Wochen später mit dem Flüchtlingsstrom.

Wenn es uns aber gelingt, vor Ort dort einzugreifen und Situationen zu schaffen, damit diese Personen überhaupt nicht in die Lage geraten, zu erwägen, flüchten zu müssen, oder in ein anderes Land zu gehen, dann leisten wir den größten Beitrag. Das betrifft nicht nur das Bundesheer. Auch so genannte Pass-Doors, gemischte Interventionsgruppen, nennen wir es nicht Innenministerium, wie Gendarmerie, Polizei, Feuerwehr und so fort, sind hier inkludiert. Hier müssen wir noch mehr und verstärkt Anstrengungen unternehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Humanitäre Einrichtungen und Organisationen, das ist klar, haben die Menschen dort, wo sie sind, abzuholen, ohne zu hinterfragen, warum sie eben in diese Situation gelangten.

Das Fremdengesetz und das Asylgesetz regeln jedoch eindeutig die entsprechenden Vorgangsweisen. Sie regeln eindeutig, wie an der Grenze oder wie bei illegalem Grenzübertritt vorzugehen ist. Die Gendarmerie und der Assistenzeinsatz des Bundesheeres leisten hier in Zusammenarbeit mit den Ämtern und Behörden hervorragende Arbeit. Sie tragen nicht nur zur Sicherheit von Österreich bei, sondern haben auch durch die Überwachung der Schengener Außengrenze Verantwortung für das gesamte Europa. Ich bin sehr froh, dass mit diesen Anstrengungen alles unternommen wird, dass die Handlungen von menschenunwürdigen Schleppern, die hier ihr Unwesen treiben, möglichst hintangehalten werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Situation hier im Burgenland: Bisher hat das Land, wenn ich richtig informiert bin, 350 Plätze im Rahmen der Bundesbetreuung zur Verfügung gestellt. Zusätzlich gibt es außerhalb dieser Bundesbetreuungen weitere rund 180 Plätze in Forchtenstein, Trausdorf oder auch in der Dompfarre. Ich habe auch mit dem Herrn Hofrat Pongracz, der das auch zu administrieren hat, kurz in einem Telefonat darüber gesprochen. Er hat mich entsprechend informiert. Weitere 80 Plätze werden derzeit aus der Sozialhilfe, Herr Landesrat, wenn ich richtig informiert bin, unterstützt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dieser vorliegenden Art. 15a-Vereinbarung, soll die Zahl der hilfs- und schutzbedürftigen Fremden, entsprechend der Einwohnerzahl auf Basis der Volkszählung 2001, auf alle Bundesländer annähernd gleich verteilt werden. Bei einem Bevölkerungsanteil des Burgenlandes von 4,3 Prozent, bezogen auf die Gesamtbevölkerungszahl des Bundes, ergibt das bei geschätzten 16.000 zu betreuenden Personen einen Bedarf von rund 600 Plätzen für das Burgenland.

Sozialreferent Dr. Peter Rezar wird gefordert sein, diese auch sicherzustellen. Das würde bedeuten, dass 250 weitere Plätze zu den bisherigen 350 dazukommen. Wir leisten in Österreich, das hat der Kollege Tschürtz richtig gesagt, den größten Beitrag zur Bewältigung dieser Flüchtlingsströme.

Österreich leistet achtmal so viel als der Durchschnitt Europas, Herr Kollege, das haben Sie richtig recherchiert. Daher müssen wir trachten, dass diese Richtlinien nicht nur in Österreich umgesetzt werden, sondern dass sich auch andere Länder dieser humanitären Verpflichtung nicht entledigen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Art. 15a-Vereinbarung mit dem Bund bringt für uns, für das Land Burgenland, klare Vorteile. Der humanitäre Aspekt ist ganz klar. Hier muss jenen Personen, den schutz- und hilfsbedürftigen Fremden, die hier zu uns nach Österreich kommen, entsprechend geholfen werden. Die Länder, und ausschließlich die Länder, entscheiden, und das ist gut so, wo diese schutz- und hilfsbedürftigen Fremden untergebracht werden.

Bisher war es ja Praxis, dass der Bund seine Zustimmung oder sein Anmieten von Quartieren auch von der Zustimmung des jeweiligen Bürgermeisters abhängig gemacht hat. Diese Art. 15a-Vereinbarung schließt das nicht bindend ein.

Ich habe aber gelesen, dass der oberösterreichische Landeshauptmann erklärt hat, dass es für ihn eine Selbstverständlichkeit ist, dass der zuständige Bürgermeister auch ein entsprechendes Mitspracherecht haben soll und es ihm auch einräumt. Ich bin überzeugt, dass Landesrat Rezar das auch im Burgenland so praktizieren wird, denn ohne den Willen der Bevölkerung, und hier gilt es eben auch entsprechende Aufklärungsarbeit zu leisten, kann ich diese Dinge nicht tun. Wenn ich dem Vorschlag der FPÖ, Herr Kollege Tschürtz, wie ich vorige Woche im „Kurier“ gelesen habe, folgen würde, und diese 350 Personen auf 171 Gemeinden, nämlich auf jede Gemeinde 2 Personen aufteilen würde, dann könnte ich sofort diese Zahl erfüllen. Wir bleiben aber nicht bei der ... *(Abg. Tschürtz: So habe ich es nicht ganz gesagt, Aber auch der Minister Strasser machte einen ähnlichen Vorschlag.)* Das steht so im „Kurier“! Ich habe ihre ... *(Abg. Gertrude Spieß: Wir brauchen doch auch noch eine Betreuung.)*

Wir haben aber mehr Personen aufzunehmen, als diese 350. Das wird ohne ein Mindestmaß an Infrastruktur nicht gehen, weil eben auch diese Menschen versorgt werden müssen. Ich spreche immer von jenen, die sich hier in Österreich legal und nach einem bestimmten Titel aufhalten, die aber auch rechts-, hilfs- oder pflegebedürftig sind. *(Zwiesgespräche bei den Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Regelung bringt aber auch einen weiteren Vorteil, weil sie eine nachhaltige ist. Der Vertrag zwischen Land und Bund besagt, dass er zumindest zwei Jahre hält und jeder der Vertragsparteien innerhalb von zwei Jahren auf sein Kündigungsrecht verzichtet. Eine Kündigung ist erst nach einer 18-monatigen Frist möglich. Das heißt, über einen Zeitraum von dreieinhalb Jahren ist auf alle Fälle gesichert, dass dieses Vertragswerk auch umgesetzt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Österreich setzt damit entsprechende EU-Richtlinien um. Kollegin Krojer hat gesagt, dass Österreich verpflichtet wird, diese Maßnahmen umzusetzen. Frau Kollegin Krojer, diese EU-Richtlinie gilt nicht nur für Österreich, sondern für ganz Europa. Sie haben gesagt, Österreich wird verpflichtet. Aber alle Länder Europas werden verpflichtet diese EU-Richtlinie umzusetzen. Wir sind stolz darauf, dass unter der Führung von Innenminister Strasser Österreich das erste Land ist, das diese EU-Richtlinien entsprechend umsetzt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Österreich übernimmt damit eine Vorreiterrolle in Europa. Der Kostenaufteilungsschlüssel wurde schon von meinen Vorrednern angesprochen. 60 Prozent übernimmt der Bund, 40 Prozent das Land. Laut dem zuständigen Abteilungsleiter, Hofrat Pongracz, werden sich die Kosten für das Land Burgenland in etwa die Waage halten. Es wird nicht mehr, und auch nicht weniger werden für das Land, laut Herrn Hofrat Pongracz. Für den Bund wird es ein bisschen teurer. Bundesminister Strasser hat zugesagt, dass diese Kosten auch aufgebracht werden. Das sind also geschätzte Kosten von rund 130 Millionen Euro, wobei 78 Millionen der Bund und 52 die Länder aufbringen sollen. Aufgrund unserer Bevölkerungszahl entfallen 3,45, das sind 1,8 Millionen Euro, auf das Burgenland.

Nun zur Rechtssicherheit. Ich glaube, dass es hier schon wichtig ist, dass es für alle Beteiligten, wie Bund, Länder, aber auch für die schutz- und hilfsbedürftigen Personen Rechtssicherheit gibt. Ich glaube, dass das das Wichtigste ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir von der Österreichischen Volkspartei, wir werden guten Gewissens dieser Art. 15a-Vereinbarung mit dem Bund unsere Zustimmung erteilen, weil diese Vorgangsweise zukunftsorientiert, humanitär, modern und richtungsweisend in der Europäischen Union ist. Aber auch, weil es eine Entscheidung für mehr Rechtssicherheit für die schutz- und hilfsbedürftigen Fremden ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident **DDr. Schranz** *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Zu Wort gemeldet ist nun der Herr Abgeordnete Mag. Mezgolits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Mag. Mezgolits** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es hat diese Debatte über weite Strecken einen Verlauf genommen, der für

mich nicht unerwartet gekommen ist. Aber, leider Gottes, in gewissen Bereichen auch ein Niveau erreicht hat, auf das ich noch eingehen möchte.

Zuerst zu Ihnen, Herr Kollege Tschürtz. Sie wissen, wir kennen uns lange genug, dass ich sicher kein Kerzlmarschierer bin, wie Sie es so verächtlich gesagt haben. Ich war auch, wie Sie wissen, über einige Jahre in der Bezirkshauptmannschaft Neusiedl tätig. *(Zwiesgespräche bei den Abgeordneten)* Ich war auch rund ein dreiviertel Jahr im Fremdenpolizeireferat, und zwar Anfang der 90er-Jahre, als die Situation noch etwas schwieriger war, was die Unterbringungssituation und so weiter anbelangt.

Aber, ich bedauere es, wenn hier, leider Gottes, noch immer versucht wird, mit einem an sich sehr tragischen Thema, Stimmung zu machen, wie es zum Beispiel hier in Bad Sauerbrunn passiert ist.

Wenn Sie heute hier sagen, die Kollegin Spieß möge sich ein paar Fremde, Asylanten, Flüchtlinge oder wie immer Sie es bezeichnen wollen, *(Abg. Dr. Salzl: Ich habe das gesagt. Sie wird doch noch ein kleines Kammerl frei haben.)* in ihr Kammerl bringen - ich habe den Kollegen Tschürtz angesprochen - gut, ich nehme zur Kenntnis *(Abg. Dr. Salzl: War ein Fehler!)*, dass das ein Zwischenruf von Ihnen gewesen sein soll, Herr Kollege Salzl.

Wenn Sie diesen Vorschlag machen und akzeptieren würden, dass die Kollegin Spieß Fremde aufnimmt, wo ist dann das Problem, wenn in Bad Sauerbrunn die Unterbringung in einem Gastgewerbebetrieb erfolgt? Hier wurde von einem Asylantenheim gesprochen. Das ist, meines Wissens nach, falsch!

Es hat in Bad Sauerbrunn, meines Wissens nach, einen Gastgewerbebetrieb gegeben, der teilweise oder zum Großteil leer steht. In diesem Gastgewerbebetrieb sollten Zimmer für die Unterbringung von Fremden beziehungsweise von Asylanten angemietet werden, wobei ich das im Gegensatz zur Kollegin Krojer nicht als Schimpfwort bezeichne. Oder war die Situation eine andere?

Warum hat es dann überhaupt diese Diskussionen gegeben? Ich sage Ihnen auch eines. Ich habe mich mittlerweile bei meinen Parteifreunden in Bad Sauerbrunn informiert. Ich bin sehr froh darüber, dass es mittlerweile auch eine Gegenbewegung in Bad Sauerbrunn gibt, wo sich Bürger dafür engagieren zu sagen: So kann es ja auch nicht sein, wie hier diese weltbekannte und zumindest in Österreich sehr populäre Kur- und Fremdenverkehrsgemeinde in den Medien dargestellt wurde.

Nun aber zu einigen anderen Punkten, Frau Kollegin Krojer. Sie haben vollkommen Recht, was die Proteste in Bad Sauerbrunn betrifft. Sie haben auch mich betroffen gemacht.

Ich glaube, dass alle diejenigen unter uns, die vielleicht gestern in ORF 2 im Weltspiegel den Beitrag über die Situation in Moldawien gesehen haben - das wäre eine sehr gute Einstimmung für die heutige Debatte gewesen. Sollte uns alle zum Nachdenken angeregt haben. *(Abg. Tschürtz: Warum?)*

Dort sind Personen, in wirtschaftlicher Not. Ich bestreite das gar nicht. Mir ist der Unterschied zwischen Flüchtling im Sinne der Flüchtlingskonvention und Wirtschaftsflüchtling sehr wohl bekannt. Nur, wir müssen schon davon ausgehen, und hier

sollten wir wohl Einigkeit erzielen können, dass die Menschenrechte, wie es auch in der Erklärung der Menschenrechte heißt, ungeteilt sind. Und zwar unabhängig von einer Staatsbürgerschaft und unabhängig von einer Staatsangehörigkeit. Das ist der wesentliche Unterschied. Als Bürger werden ja immer die Eigenen bezeichnet und als Angehörige die Fremden. Allerdings muss man hier auch, was die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen betrifft, trennen.

Hier kann ich mich der Kollegin Krojer nicht ganz anschließen. Was ich vollkommen unverständlich finde, Frau Kollegin Krojer, ist Ihre Argumentation. Sie lehnen dies ab, weil hier nicht auf freiwilliger Basis etwas geschieht, sondern weil die Republik Österreich ... (*Abg. Mag^a. Margarethe Krojer: Der Rechtsanspruch, steht dort.*) Der Rechtsanspruch ist ausgeschlossen! Das steht im Artikel 1, Abs. 5. Ich habe nachgeschaut, weil ja auch der Kollege Tschürtz etwas anderes behauptet hat.

Aber zu sagen, diese heute hier zu beschließende Vereinbarung sei schlecht, oder inhaltlich schlecht und das so zu begründen, weil hier nur etwas auf Druck der EU gemacht wird oder sie uns das vorschreibt, bitte, das sollte uns eigentlich egal sein. Es müsste doch vielmehr die Frage lauten: Ist die heute hier zu beschließende Vereinbarung sinnvoll, ist sie gut für die Betroffenen und ist sie vertretbar? Dann hat man zuzustimmen, wenn man damit einverstanden ist, oder man hat sie abzulehnen.

Aber das Argument, wir machen hier nur das, was uns von außen aufgezwungen wird, und nicht mehr, finde ich nicht ganz zutreffend.

Aber, sei dem, wie es sei. Der Rechtsanspruchsausschluss ist enthalten. Kollege Tschürtz, ich habe nachgelesen, Sie haben da vollkommen Recht!

Nur, frage ich dann weiters, weil Sie hier den Justizsprecher der SPÖ, den Abgeordneten Jarolim bemüht haben, ob es unbedingt so schlecht ist zu sagen: Die bedingten Entlassungen sollte man, angesichts der Umstände in den Haftanstalten, die auch aus allen Nähten platzen, forcieren. Das müssen Sie offensichtlich, denn wie wäre es sonst möglich, dass Justizminister Dr. Böhmendorfer, der ja bekanntlich, jetzt muss ich vorsichtig sein, auf einem FPÖ-Ticket aber als unabhängiger Minister in der Regierung sitzt, den Vorschlag gemacht hat, besser Gefängnisse in Rumänien zu bauen? Wenn man dies als Wirtschaftsförderung für die rumänische Bauwirtschaft und Schaffung von Arbeitsplätzen für rumänische Bewachungsunternehmen sieht, mag das ein guter Vorschlag sein. (*Abg. Tschürtz: Das ist ein guter Vorschlag.*)

Ansonsten hab ich schon ein Problem damit, weil Strafvollzug, zumindest in Westeuropa oder in Europa allgemein, noch immer eine staatliche Hoheitsaufgabe ist, diesen ganz einfach ins Ausland zu verlagern und dort irgendwelchen Privaten zu übertragen.

Faktum ist jedenfalls, und damit möchte ich noch einmal auf die Frage der Zulässigkeit der Unterbringung zurückkommen, auf die Frage der Einmischung, durch wen auch immer - seien es politische Kräfte, oder Bürgerinitiativen, um auch auf die leidige Frage der Bürgermeisterbeteiligung in der ganzen Angelegenheit zurückzukommen.

Es mag ja vom Herrn Bundesminister für Inneres gut gemeint gewesen sein, als er gesagt hat: Ohne Zustimmung der Bürgermeister soll die Realisierung derartiger

Unterbringungen nicht erfolgen! Gut gemeint, ist aber leider Gottes etwas anderes als gut gemacht, wie wir doch alle wissen. Hier wird natürlich gerade in dem zurzeit in Österreich bestehenden Klima Druck erzeugt. Ganz egal, Kollege Tschürtz, es ist nichts einfacher, als in einer derartigen Angelegenheit öffentlich Stimmung zu machen. *(Abg. Tschürtz: Sie unterstellen uns hier etwas, was einfach nicht stimmt. - Zwiegespräche bei den Abgeordneten)*

Ich unterstelle Ihnen persönlich nichts. Ich unterstelle hier auch der FPÖ nichts. Ich sage nur, dass es eine höchst unangenehme Situation ist. Hier wird immer wieder, unter welchem Vorwand auch immer, die öffentliche Meinung, für wen auch immer, entsprechend eingesetzt. Fast hätte ich ein anderes Wort gebraucht.

Jedenfalls wird es natürlich für einen Bürgermeister, wenn das konkret ansteht, und auch für eine Gemeinde, die noch keine Erfahrungen hat, sehr schwierig sein, hier zuzustimmen. Aber auch hier frage ich wieder, und da natürlich in erster Linie die Fraktionen auf der rechten Seite des Hauses, die ja immer für die freie Wirtschaft sind.

Wo kommen wir denn da hin, wenn ich als Gastgewerbebetrieb Zimmer vermieten möchte, und für dieses Zimmer auch bezahlt wird, ob das jetzt vom Land, vom Bund oder von wem auch immer, dass dann der Bürgermeister nein dazu sagen kann? Sehr wirtschaftsliberal ist dieser Ansatz jedenfalls nicht, meine Damen und Herren.

Ansonsten kann ich sagen, ich muss natürlich auch zustimmen, und ich stimme gerne zu, weil hier auch, von Ihnen, Herr Kollege Tschürtz, ausgeführt wurde, dass es unsere Aufgabe sein müsste, eine gerechte Aufteilung innerhalb der Europäischen Union zu erreichen. Das ist keine Frage, da bin ich voll auf Ihrer Seite. Ob es jetzt wirklich achtfach über der durchschnittlichen österreichischen Quote liegt, weiß ich nicht. Sie liegt jedenfalls deutlich darüber, das ist mir bekannt, was natürlich aufgrund der Grenzsituation und der geografischen Lage verständlich ist.

Aber, seien wir doch ehrlich: Wenn wir uns diese Vereinbarung, die wir heute hier beschließen oder der wir zustimmen werden, ansehen, so muss man feststellen, dass es auch in Österreich nicht zu 100 Prozent mit der gerechten Aufteilung funktionieren wird. Immerhin haben ja die westlichen Bundesländer, Tirol und Vorarlberg, aus welchem Grund auch immer, hier eine Sonderquote bekommen, die deutlich niedriger liegt, als der ihnen nach dem Einwohnerschlüssel zustehende Anteil. Aber, Schwamm darüber, das ist sicherlich nicht so entscheidend.

Wir werden jedenfalls dieser Vereinbarung zustimmen. Wir werden hier deshalb zustimmen, weil dadurch klare Richtlinien geschaffen werden, weil die Situation der Fremden, die weder als Asylwerber zu betrachten sind, beziehungsweise, denen irgendwann dann einmal das Asyl zuerkannt wurde, auf eine gesicherte, rechtliche und vor allem finanzielle Grundlage gestellt wird.

Ich glaube, wenn wir zumindest mit sehr großer Mehrheit, aller Voraussicht nach heute hier diese Vereinbarung beschließen werden, wäre es auch eine wichtige Aufgabe, für uns alle, für alle hier im Haus vertretenen Fraktionen, diesen Beschluss nach außen zu tragen, nach außen zu vertreten und mit dem einen oder anderen leider in der Bevölkerung sehr oft und sehr häufig anzutreffenden Vorurteil gegenüber Fremden im Allgemeinen und im Speziellen gegen Asylwerber gemeinsam vorzugehen und so die

Möglichkeit jedes Missbrauches in Hinkunft vox populi zu vermeiden. In diesem Sinne, danke für Eure Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident **DDr. Schranz**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Tschürtz.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Tschürtz** (FPÖ): Der Abgeordnete Mezgolits hat gesagt, ich habe davon gesprochen, dass kein Rechtsanspruch besteht, *(Abg. Mag. Mezgolits: Das ist richtig, ich habe Ihnen zugestimmt.)* das stimmt nicht! Ich habe nicht davon gesprochen, ich habe gesagt, im Gegensatz zu der Meinung von den Grünen, ist durch das Grundrecht die Grundversorgung wirklich gesichert, und habe auch aufgezählt, dass Unterkunft, Verpflegung, Krankenversicherung, medizinische Betreuung, Unterstützung von pflegebedürftigen Personen, Fahrkosten, Schulbedarf, Deutschkurse, Bekleidung, Freizeitgeld, Taschengeld, Maßnahmen zur Strukturierung des Tagesablaufes und vieles mehr, sogar verankert sind. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident **DDr. Schranz**: Zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet hat sich nun der Abgeordnete Dr. Salzl.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Unruhe bei der FPÖ und den Grünen)*

Abgeordneter **Dr. Salzl** (FPÖ): Ihr braucht nicht murren, das ist Faktum! Man kann sich zur Geschäftsordnung melden, Sie werden die Geschäftsordnung kennen, Frau Kollegin. Tatsache ist, dass es hier seitens des Herrn Präsidenten, auf einmal Bedenken gegeben hat, weil von der Galerie aus fotografiert wurde.

Es gibt aber offensichtlich nur sehr einseitige Bedenken. Ich gebe dem Herrn Präsidenten Recht, es ist eine Genehmigung einzuholen, ob fotografiert oder gefilmt, und dergleichen im Landtagssitzungssaal werden darf. Nur, es wurde von Beginn weg von verschiedensten Personen auf der Galerie oder hier herunter fotografiert und diese Genehmigungen liegen in vielfacher Art nicht vor. Sie wären jedes Mal neu einzuholen, es gibt keine Generalgenehmigung, laut Geschäftsordnung.

Und jetzt auf einmal sucht man sich einen heraus, in dem Fall noch dazu einen Freiheitlichen, denn wenn es gegen irgendetwas geht, dann immer gegen die FPÖ, und sagt: Alle anderen dürfen fotografieren, nur der Freiheitliche nicht.

Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Art und Weise in diesem Haus, und das ist der eigentliche Skandal. *(Beifall bei der FPÖ)*

Und das haben wir uns, und werden uns auch in der Zukunft nicht gefallen lassen. Das heißt, wenn eine generelle Genehmigung einzuholen ist, dann ist sie einzuholen, von jedem, ob er Rot, Schwarz oder Grün ist, oder wo immer er angesiedelt ist, auch von jedem Medienvertreter. Sollte das nicht der Fall sein, dann gilt gleiches Recht für alle, das heißt dann darf jeder fotografieren. Aber diese zweigeteilte Gesellschaft, die wir gerade beim heutigen Tagesordnungspunkt erleben ist untragbar, nämlich hier die Guten, hier die Bösen so ungefähr, nach dem Motto: Diese Zweiteilung werden wir uns in keinsten Weise gefallen lassen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Bei den kleinen Dingen nicht, und zu den großen Dingen werde ich noch zu sprechen kommen.

Zweiter Präsident **DDr. Schranz**: Herr Abgeordneter Salzl, ich darf dazu Folgendes klarstellen. Wir haben eine Geschäftsordnung, in der steht ausdrücklich, im Paragraf 55 Abs. 3: Die Vornahme von Ton- und Bildaufnahmen bedarf der Bewilligung des Präsidenten, des Landtages. Daran halte ich mich, Punkt. Er hat erstmals fotografiert, ich kenne ihn nicht und mein Mitarbeiter hat natürlich zu Recht gefragt, wie es ist, und daher halten wir uns genau an diesen Paragraf 55. Jeder kann ansuchen und (*Unruhe bei der FPÖ*) solange es nicht störend ist, wird auch die Bewilligung regelmäßig erteilt. Es geht darum, dass die Sitzung ordnungsgemäß abgewickelt werden kann, und keine Störungen vorkommen. Wenn das eingeholt wird, wie von anderen auch, ich bin heute schon einmal dazu gefragt worden, ist das überhaupt kein Problem, wie gesagt, wenn es ordnungsgemäß, durchgeführt wird.

Sie haben sich wieder zur Geschäftsordnung gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter Dr. Salzl. (*Abg. Kölly: Welcher Präsident, der gerade den Vorsitz hat?*)

Abgeordneter **Dr. Salzl** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich will gerade auf das zu sprechen kommen. Zwei Dinge, Sie haben zur Unterstützung rechts und links eine Hilfestellung, die sitzen seit Beginn der Sitzung da. Wenn der Präsident schon nicht der gleiche ist, aber die anderen sind schon hier gesessen, zum Ersten.

Zum Zweiten. Ich hätte gerne gewusst, ob die Kommunikation zwischen den Herren Präsidenten stimmt, Frau Präsident haben wir keine, also zwischen den Herren Präsidenten stimmt? Das heißt, dass von einem Präsidenten die Kommunikation, sprich die Genehmigung auch dem anderen mitgeteilt wird, der hat eine Bewilligung, der hat keine Bewilligung, der darf, oder der darf nicht?

Ich will einfach wissen, wie viele von denen, die heute fotografiert haben, und das war ein Haufen, haben eine gültige Bewilligung gehabt, und wie viele haben keine gültige Bewilligung gehabt? Herr Präsident, und sollte das bei keinem der Fall gewesen sein, da hinten steht auch jemand mit einer großen Kamera, ich weiß nicht ob er eine Bewilligung gehabt hat, fotografiert hat er sehr fleißig und etliche andere auch, dann gehört das korrigiert. Dann gehört das in Ordnung gebracht, dann gehört gleiches Recht für alle, was immer er für ein Mascherl aufgesteckt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, genau das ist der Punkt, die einheitliche, die ordnungsgemäße, die korrekte Auslegung der Geschäftsordnung. (*Beifall bei der FPÖ*)

Zweiter Präsident **DDr. Schranz**: Herr Abgeordneter Salzl, ich kontrolliere nicht, welches Mascherl wer hat. Im konkreten Fall, weiß ich es auch gar nicht, habe ich nicht gewusst, interessiert mich auch gar nicht. Ich halte mich nur an den Paragrafen der Geschäftsordnung, der da lautet: Es ist für Bildaufnahmen die Genehmigung einzuholen, und zwar der jeweils den Vorsitz führende Präsident, hat das sicherzustellen. Das ist keine Hexerei, ist kein Problem, dies ist ordnungsgemäß auch gegangen, wird hoffentlich auch in Zukunft gehen. (*Unruhe bei der FPÖ*)

Wenn Änderungswünsche in der Praxis wären, beruhend auf dem Paragraphen 55 Abs. 3 kann man das gerne in der anschließenden Präsidiale auch besprechen.

Sie wollen sich wieder zu Wort melden? - Bitte sehr.

Abgeordneter **Dr. Salzl** (FPÖ): Herr Präsident, mir geht es um eine ganz konkrete Frage oder um einen ganz konkreten Sachverhalt. Zur gleichen Zeit hat besagter Herr fotografiert, hat er eine Genehmigung gehabt, hat er eine Bewilligung gehabt, schriftlich, mündlich? Welche Zusage hat er gehabt? Unter anderen, neben etlichen anderen, ich rede jetzt nur von der gleichen Zeit, wo Sie, Herr Präsident, den Vorsitz haben.

Da gibt es aber etliche andere auch. Ich könnte ein paar andere anführen, die zur gleichen Zeit auch unter Ihrem Vorsitz fotografiert haben. Jetzt können Sie natürlich sagen, ich habe die Augen zugeedrückt, und bei einem habe ich es gesehen, und beim anderen nicht. Nur irgendwann werden Sie die Augen aufmachen müssen, und die Gerechtigkeit gehört da hinein, in dieses Haus. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident **DDr. Schranz**: Ich nehme an, Herr Abgeordneter Salzl, dass die anderen Herren hier, die bereits seit längerem, wie jeder feststellen kann, hier fotografiert haben, für den ORF beispielsweise, die Genehmigung beim Präsidenten, der als erster den Vorsitz hatte, eingeholt haben. *(Unruhe bei der FPÖ - Abg. Ilse Benkö: Der Vorsitzende muss das wissen.)*

Das nehme ich an, sonst würden sie nicht eine Stunde lang oder bereits zwei Stunden hier Bildaufnahmen machen. Wenn wer neu dazu kommt, dann ist es natürlich unsere Pflicht, gerade bei Personen, die wir noch nicht kennen, zu schauen, damit auch den Bestimmungen der Geschäftsordnung genüge getan wird.

Wir setzen fort, wenn Weiteres gewünscht wird, kann das auch in der Präsidiale besprochen werden, zu Wort gemeldet ist nun der Abgeordnete Dipl.Ing. Berlakovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Dipl.Ing. Berlakovich** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich meine es ist natürlich klar, wenn ich zur Debatte vorher Stellung nehmen darf, dass die Geschäftsordnung für alle gleich gilt, das steht außer Streit. Aber wir sollten das jetzt vielleicht insofern beenden, als wir im Anschluss an die Landtagssitzung eine Präsidialsitzung haben, wo wir zur Verbesserung der Kommunikation einfach das besprechen sollten, und diese Dinge lassen sich emotionslos klären.

Zum Thema zurück, zur Frage der Artikel 15a-Vereinbarung. Das Thema Flüchtlinge, Asylanten, Ausländer ist natürlich ein sehr emotionsbeladenes Thema. Zeitungsmeldungen wurden zitiert, die verschärfen unter Umständen die Debatte, heizen die Emotionalität an, und es ist eigentlich ein Appell an uns alle, sehr sensibel mit der Sache umzugehen. Das heißt nicht, man soll Missstände verschweigen, in keinsten Weise. Im Gegenteil man muss sehr wohl darüber reden, aber auch so wie es für die Geschäftsordnung gilt, gilt es natürlich für das Leben insgesamt, egal ob Ausländer oder Inländer, wer Gauner ist, ist Gauner und als solcher abzuhandeln, oder auch nicht. Beziehungsweise es sind aber nicht nur die Politiker, oder Medienvertreter, sondern letztlich jeder Einzelne von uns, dafür verantwortlich, dass die Debatte vernünftig ist, und

man vor allem, und darauf reduziert es sich letztendlich, ein humanes Problem menschlich und vernünftig meistert.

Und ich denke mir, Handlungsbedarf war in dieser Situation da. Das Problem der Vergangenheit war, wir hatten unterschiedliche Regelungssysteme, und zwar mehrere und sehr unterschiedliche Unterstützungssysteme haben nebeneinander existiert. Zum einem gibt es die Bundesbetreuung für einen Teil der Zielgruppe. Dann gibt es in einigen Ländern Landesbetreuungssysteme. Dann haben wir neun unterschiedliche Sozialhilfegesetze.

Alles damit verbunden bedeutet, dass auch der Leistungsumfang, den die betroffenen Menschen, dann bekommen, zehnfach unterschiedlich geregelt wird. Und das ist natürlich ein Umstand, der nicht befriedigend ist, wenn wir sagen, gleiches Recht für alle. Der Mensch ist vor Gott gleich, jeder Mensch ist vor Gott gleich, jeder Mensch ist vor dem Recht gleich, und daher sollte das auch in dieser Frage gelten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und es ist natürlich auch so, dass es schon Verbesserungen bei dieser Vereinbarung gibt. Nämlich zum einen, alle hilfsbedürftigen Asylwerber können Unterbringung und Versorgung bis zum Abschluss ihres Verfahrens erhalten. Das ist ein enormer Verbesserungsumstand. Dann ist auch positiv, Bund und Länder vermeiden, dass es Doppelgleisigkeiten und Parallelstrukturen gibt, gerade wenn es darum geht, Plätze zu finden für die Menschen, oder Geld aufzutreiben ist es wichtig, dass man hier effizient ist. Und letztlich ist es schon ein Vorteil, dass es zu einer allgemeinen Optimierung der Betreuungsmaßnahmen kommen soll. Denn letztlich geht es ja auch darum, und das ist hier gewährleistet, damit es eine gleichmäßige Verantwortung gibt, und alle, Bund und Länder, versuchen, dieses Problem gerecht zu lösen, gleichmäßige Verteilung, auch der hilfesuchenden Menschen.

Ich denke mir, in erster Linie ist es eine humanitäre Frage, christliches Gedankengut und so weiter, wie man mit Menschen, die in Not geraten sind, umgeht. Und gerade das Burgenland war ja hier immer Vorbild. Ich denke an den 56er-Aufstand in Ungarn wo sehr viele Menschen aufgenommen wurden. Im Jahr 1989 beim Fall des Eisernen Vorhanges, wo viele ungenannte Burgenländer, sehr vielen Menschen geholfen haben.

Oder auch die Balkankrise, sei es jetzt im Kroatien-Serbienkrieg. Oder im Kosovokonflikt, wo sehr viele Dörfer, zum Beispiel burgenländisch-kroatische Gemeinden durch die sprachliche Verwandtschaft sehr vielen Menschen hier Asyl gegeben haben, Heimstatt gegeben haben, und die Menschen auch integriert wurden.

Das heißt, man sollte sich dieser Sache positiv nähern, aus humanitären Überlegungen auf jeden Fall. Die Interessen der Menschen berücksichtigen, und nicht unbedingt so sehr immer jeden Groschen, jeden Cent, jeden Euro umdrehen, und die Menschen nur als Finanzmasse betrachten.

Daher werden wir dieser Vereinbarung zustimmen, dass es immer Verbesserungen geben wird ist klar, aber wir hoffen im Sinne der Menschlichkeit das gerecht zu lösen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Hohes Haus! Gestatten Sie mir, das Einverständnis des Präsidiums vorausgesetzt, auch wenn ich jetzt nicht zur Sache rede. Sie haben es in den Medien verfolgt, es sind

vier Angehörige des ÖVP-Landtagsklubs heute zum letzten Mal hier in diesem Hohen Haus und zwar der Landesrat Kaplan und die Abgeordneten Mag. Braunrath, Willi Thomas und Bela Resetar haben heute ihre letzte Landtagssitzung.

Sie scheiden aus, sie werden also bei der nächsten Landtagssitzung im Mai nicht mehr dabei sein. Daher gestatten Sie mir, wenn ich als Klubobmann hier diesen vier Personen danke und hier die Gelegenheit im Hohen Haus wahrnehme, in der Stätte, wo sie jahrelang tätig waren, ihr Einverständnis vorausgesetzt, auch wenn es nicht direkt zur Sache ist, aber ich hoffe, im Sinne der Kameradschaft dürfen wir das tun.

Der Landesrat Kaplan, der ja nicht nur im Bundesrat Mitglied war, sondern im Hohen Haus von 1987 bis 1996 Abgeordneter und seit 1996 dann ÖVP-Landesrat war. Er war dazwischen Klubobmann im ÖVP-Landtagsklub. War Wirtschaftssprecher der ÖVP und hat als Landesrat hier wichtige Themen zu behandeln gehabt, wie die Wirtschaftsförderung, den Tourismus, die Wirtschaftsbeteiligungen des Landes, die Berufsschulen, das Energierecht, Baurecht, Gewerberecht, die Erschließung von Bodenschätzen, gerade für das Burgenland sehr wichtig.

Und wenn man so als Politiker Rückschau hält, ist es natürlich klar, dass man sich an viele schöne und auch unangenehme Sachen erinnert. Aber das was bleibt ist eine Leistungsbilanz eines Politikers und die möchte ich stellvertretend für die vier Ausgeschiedenen, letztlich für uns alle, die wir für das Burgenland ja arbeiten erwähnen.

Die Leistungsbilanz des Karl Kaplan ist ja sehr positiv, die wir gemeinsam erreicht haben. Er war verantwortlich, federführend dafür, wenn ich zum Beispiel die Ziel 1-Förderungen erwähnen darf. In den Jahren 1995 bis 2003 wurden im Bereich Gewerbe, Forschung, Industrie, Tourismus insgesamt 1.825 Millionen Euro, 1,8 Milliarden Euro investiert im Burgenland, 654 Projekte wurden dabei realisiert. Insgesamt wurden bei der WiBAG 10.000 Förderfälle behandelt.

Eine große Leistung von Landesrat Kaplan, er war auch für die Interreg-Programme zuständig oder ist es natürlich noch bis zu seinem Ausscheiden. Die Wirtschaftszahlen belegen das ja, dass die gemeinsame Errungenschaft für die er federführend verantwortlich war, nämlich von 1996 bis 2001 ist das BIP nominell im Burgenland pro Jahr um 4,3 Prozent gestiegen. Weit vor allen anderen Bundesländern, bei den Arbeitsplätzen hat es in diesem Zeitraum seiner Schaffensperiode ein Plus von 9.500 Arbeitsplätzen gegeben. Mit einem Rekord im Juli 2003 von 88.500 Beschäftigten.

Das ist eine tolle Leistung und eine andere Zahl, ohne sie hier über Gebühr zu strapazieren. Die Exporte sind im Jahr 2002 gesamt um 100 Prozent gestiegen im vergangenen Dezennium. Noch beeindruckender die Exporte in den Osten um 220 Prozent und dann taucht eine magische Zahl beim Landesrat Kaplan auf, nämlich die Zahl Sechs taucht auf. Und zwar geht es darum, dass in der Zeit sechs Fachhochschulstudiengänge errichtet wurden mit rund 1.000 Studierenden, eine Erfolgsgeschichte. Dann geht es weiter mit der Sechs. Und zwar neuerlich taucht sechs auf, wenn man an die Technologiezentren denkt. Sechs Technologiezentren wurden errichtet, mit einer Gesamtsumme von 96 Millionen Euro. Ich meine, ich könnte das jetzt mit der Sechs fortsetzen, aber die letzten Geheimnisse des Landesrates sollen nicht gelüftet werden, das soll jeder im Privaten weiter tun.

Wir kommen zur Zahl vier. Vier Thermen wurden neu errichtet, beziehungsweise ausgebaut. Lutzmannsburg, Stegersbach, Bad Tatzmannsdorf und auch Heilbad Sauerbrunn, darüber hinaus Wirtschaftsparks, Betriebsansiedelungen, diverse Gesetze wie Stromliberalisierung. Beim Tourismus ist es zu einer Neuordnung des Tourismusverbandes gekommen, „Best of Burgenland“, „Summeropening“, der Surfweltcup, der jetzt wieder stattfindet, Rad, Reiten, Thermen und so weiter. Zuletzt 400 Kilometer Reitwege im Südburgenland errichtet und das Burgenland war wiederholt Nächtigungskaiser. In Deiner Schaffensperiode, Herr Landesrat, gibt es 500.000 Nächtigungen mehr und das ist eine beeindruckende Zahl.

Interessant ist auch der Fußball. Legendär mittlerweile der Werbevertrag mit der Nationalmannschaft, auch wenn die Nationalmannschaft jetzt einen zahlenmäßig grandiosen Sieg gegen Luxemburg, wir freuen uns schon über solche Erfolge, gefeiert hat, so war dieser Werbevertrag trotz allem eine optimale Werbung für das Land Burgenland. Er war ja selbst Fußballer aktiv im FC Landtag, einer übrigens sehr hervorragenden Fußballmannschaft, die sich immer bei Benenfizturnieren engagiert und der Herr Landesrat ist ja dem Fußball noch immer verbunden.

Ein großes Spiel, Herr Landesrat, wir alle wissen wovon die Rede ist, ist ja noch offen. Im Interesse des burgenländischen Fußballs wünschen wir Dir dazu natürlich alles Gute. *(Allgemeiner Beifall)*

Der Landesrat Kaplan und damit möchte ich schließen, war ein Wegbereiter des modernen Burgenlandes in der Wirtschaft und im Tourismus und hat damit einen notwendigen Strukturwandel eingeleitet, der für den pannonischen aber ganz besonders für den burgenländischen Wirtschaftsraum immens wichtig war.

Zu den anderen drei Kollegen: Mag. Helga Braunrath ist Mitglied hier im Hohen Haus seit 1991. Sie ist meine Stellvertreterin als Klubobmann, wofür ich ihr recht herzlich danke. Sie ist Obfrau des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses, im Hauptausschuss und im Wirtschaftsausschuss vertreten.

Sie hatte die Sprecherfunktion inne, Bildung, Verwaltung, öffentlicher Dienst und auch die Kultur waren ihr ein großes Anliegen. Sie hat dabei mitgearbeitet, mit so vielen, die sich im Kulturbereich beschäftigen. Am erfolgreichen Aufbau der Festivals und letztlich hat dazu beigetragen, dass wir eine große Vielfalt im Kulturbereich haben. Ihr Arbeitseinsatz ist vorbildlich. Jeder, der sich zurückerinnert, als sie sogar mit einem gebrochenem Knöchel in einer wichtigen Frage hierher gekommen ist, bei der Abstimmung um eine gentechnikfreie Zone.

Liebe Helga, auch dir einen herzlichen Dank namens des ÖVP-Klubs. *(Allgemeiner Beifall)*

Der Abgeordnete Willi Thomas, ein Mitglied im Hohen Haus seit 1986, ein südburgenländisches Schlachtross hier im Haus, der Obmann des Landeskontrollausschusses ist, Rechtsausschuss- und Agrarausschussmitglied und wirklich auch diese Tätigkeit als Kontrollausschussobmann sehr umsichtig gemacht hat.

Ein für den ÖVP-Klub fleißiger Berichterstatter, auf den ich mich immer verlassen konnte, einer der auch seine Mandatare mit seinem Applaus immer wieder unterstützt hat. Wir alle wissen, wie wichtig das ist. Der Applaus ist nicht nur das Brot der Schauspieler,

sondern irgendwo auch letztendlich der Politiker und ich möchte ihm danken für seinen Einsatz im Besonderen für den Bezirk Jennersdorf und für das Südburgenland.

Lieber Willi auch Dir einen herzlichen Dank. *(Allgemeiner Beifall)*

Und der Dritte im Bunde des ÖVP-Klubs der Abgeordnete Adalbert Resetar, ein Baby hier im Hohen Haus. Seit 1996 Mitglied, im Agrarausschuss tätig und im Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss, der Gemeindesprecher meiner Fraktion war und auch Sportsprecher. Der selbst aktiver Fußballer war im FC Landtag, einen umsichtigen Libero abgegeben hat. Auf jeden Fall, aber sein Hauptinteresse, die Landwirtschaft, Agrarier, in einer Zeit, wie wir alle hier Agrarpolitik betrieben haben, wo es galt Herausforderungen des EU-Beitritts zu bewältigen, eine Umsetzung der Agenda-2000 und jetzt die schwierigen Folgen der Agrarreform.

Das was interessant ist, der Name Resetar bleibt dem Hohen Haus erhalten, nur in einem anderen Geschlecht. Und der Bela Resetar kann sich seinem Zivilberuf stärker widmen. Er hat einen großen landwirtschaftlichen Betrieb aufgebaut, das ist eine Tatsache, die ihm gerade hier im Landtag oft von Neidern vorgehalten wurde. Aber wir alle wissen, wenn jemandem nichts Gescheiteres mehr einfällt an Argumenten, dann geht er zum letzten Argument der Hilflosigkeit, nämlich zum Neid.

Also Du hast die Sache gut überstanden. Wir wünschen auch Dir alles Gute für die Zukunft. *(Allgemeiner Beifall)*

Abschließend möchte ich allen vieren noch recht herzlich danken und ihnen namens des ÖVP-Klubs für die Treue im Hohen Haus und im Klub danken und wir wollen ihnen eine kleine Wegzehrung mitgeben. Dem Herrn Landesrat wollen wir ein burgenländisches Bauernpschoadpinkerl übergeben auf seiner Reise, nicht in die Pension aber auf zukünftig wichtige Pfade. *(Allgemeiner Beifall)* Natürlich kriegen die anderen Kollegen auch so ein Pinkerl ohne den Krückstock.

Zweiter Präsident **DDr. Schranz**: Es haben sich jetzt auch zusätzlich die anderen Klubobmänner gemeldet, nämlich der Reihenfolge Illedits, Dr. Salzl, Mag^a. Margarethe Krojer. Dann hat sich Herr Landesrat Kaplan gemeldet, und Landesrat Dr. Rezar. In dieser Reihenfolge die nächsten Wortmeldungen.

Bitte Herr Abgeordneter Illedits.

Abgeordneter **Illedits** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegin Braunrath und die Kollegen, die heute zum letzten Mal hier bei uns sind! Ich möchte natürlich den Worten des Klubobmannes Berlakovich in der Aufzählung der vielen guten Taten für die Abgeordneten und des Herrn Landesrates, die sie für das Burgenland geleistet haben, nichts mehr hinzufügen.

Ich möchte mich aber, Herr Landesrat, recht herzlich bedanken für das in der Fußballersprache heißt es glaube ich „Fair play“. Ich glaube Du hast sehr gut zu Wege gebracht „Fair play“ hier gelten zu lassen und dank Deiner Mithilfe ist es gelungen, diesen erfolgreichen burgenländischen Weg wirklich so zu gestalten, in den letzten Jahren. Ihr habt wirklich eine hervorragende Basis geschaffen für die nächste folgende Politikergeneration. Ich wünsche mir für die Zukunft auch diesen Weg des Konsenses,

dass wir den gemeinsam weiterhin beschreiten, dann mache ich mir um eine erfolgreiche Zukunft auch weiterhin keine Sorgen.

Den Abgeordneten möchte ich recht herzlich danken, für ihre jahrelange Arbeit im Hohen Hause, für die Menschen in unserem Burgenland. Wenn wir auch manchmal unterschiedlicher Meinung in verschiedenen sachpolitischen Fragen waren, ich glaube, der Wille für ein gemeinsames Arbeiten für unsere Menschen im Burgenland war immer da und hat alles andere überdeckt.

Ich wünsche Ihnen ganz persönlich allen alles Gute für die Zukunft. Herr Landesrat Du siehst wie das ist, wenn man sich in die Pension verabschiedet. Zuerst wagen wir alles gemeinsam und jetzt musst Du Dein Pinkerl selber tragen. Aber ich denke, Du wirst es gut bewerkstelligen. Ich wünsche Dir und allen anderen persönlich alles Gute in meinem Namen und namens des SPÖ-Landtagsklubs. *(Allgemeiner Beifall)*

Zweiter Präsident **DDr. Schranz**: Zu Wort gemeldet hat sich auch Herr Abgeordneter Dr. Salzl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Dr. Salzl** (FPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nach der vorigen Debatte natürlich sehr versöhnliche Töne anschlagen und zwar deshalb, weil ich glaube, gerade mit dem Herrn Landesrat Kaplan haben mich neben mancher kontroversieller Debatten, auch sehr viele Gemeinsamkeiten verbunden.

Wir haben so manchen Strauss gegeneinander ausgefochten, aber auch jeden in seiner Art und Weise wie er ist respektiert. Zumindest ich kann das von meiner Warte aus sagen, ich habe den Herrn Landesrat in seinem Bereich respektiert, als Person, als Mensch respektiert und stehe auch nicht an, seine Leistung für dieses Land in vielen Bereichen zu schätzen, auch zuzugeben, dass er in vielen Bereichen eine hervorragende Arbeit gemacht hat und Herr Landesrat, vielen herzlichen Dank dafür.

Ich bedanke mich nicht nur im Interesse des Landes und der Bürger, denn die Bürger werden sich wahrscheinlich selber bedanken für all das, was geleistet wurde, sondern ich bedanke mich auch im Hinblick auf den Freiheitlichen Landtagsklub, den ich zu führen habe, im Hinblick auf die gute Zusammenarbeit, auf das gegenseitige Verständnis, weil ich glaube, dass das enorm wichtig in der Vergangenheit war, vielleicht auch in manchen Bereichen in der Zukunft sein wird.

Ich sage deswegen in der Zukunft, wir sind ja beide noch relativ junge Leute, haben - *(Heiterkeit bei der ÖVP und FPÖ)* ich habe gesagt relativ - beide noch einiges vor und ich sehe eigentlich das Pinkerl das Dir da mitgegeben wurde als positives Pinkerl, nicht als Bürde, sondern als Wegzehrung, damit Du noch viele fröhliche Stunden in Kraft und Saft für dieses Land arbeiten kannst. Für das Land, *(Allgemeine Heiterkeit)* na klar ohne essen, ohne trinken geht nichts. Der Körper braucht Nahrung, der Geist braucht Nahrung und Herr Landesrat in diesem Zusammenhang sehe ich dieses Pinkerl das Dir da mitgegeben wurde, natürlich auch bei den anderen Abgeordneten.

Ich habe ja schon vorher gesagt beim Thomas Willi, es soll nicht nach Pension riechen, sondern es soll eigentlich für die Zukunft ein Ansporn sein, ein Wegbereiter, ein Anreiz und meine sehr geehrten Damen und Herren so sehe ich das.

Ich darf mich bei all denen, die im Landtag gewesen sind, die mit der FPÖ auch die Zusammenarbeit gesucht haben, die mit der FPÖ auch gut zusammengearbeitet haben, für diese Zusammenarbeit bedanken. Darf jedem Einzelnen auf seinen weiteren Lebensweg viel Glück, viel Erfolg und vor allem eine glückliche und gesunde Zukunft - auch im Kreise seiner Familie natürlich - wünschen und Herr Landesrat Dir speziell, Dir persönlich alles, alles Liebe, alles Gute. Ich wünsche Dir weiterhin viel Erfolg. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

Zweiter Präsident **DDr. Schranz**: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag^a. Margarethe Krojer.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete **Mag^a. Margarethe Krojer** (Grüne): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sehr geehrte Kollegin! Sehr geehrte Kollegen! Unsere Beziehung war ja sehr geprägt von der Auseinandersetzung. Der Herr Landesrat Kaplan hat sich ja des Öfteren zurückgelehnt und hat mir sehr oft gesagt, dass Ihr mich gerade noch gebraucht habt hier herinnen.

Es waren oft keine netten Worte. Wir hatten so manche inhaltliche Auseinandersetzung. Ich denke, sie hat sich in jeder Beziehung *(Abg. Dipl.Ing. Berlakovich: Was sich neckt, das liebt sich!)* durchaus in einem korrekten Rahmen bewegt. Wir hatten Diskussionen um die Windräder. Vielleicht haben Sie noch die grünen Windräder zu Hause, die wir Ihnen geschenkt haben, damit Sie noch öfters an diese Diskussion denken. Wie gesagt, ich kann mich noch sehr gut an die Geschichte mit dem Portier im Technologiezentrum in Neutal erinnern. Auch da gab es einige Auseinandersetzungen zwischen uns.

Mit dem Kollegen Thomas gibt es noch laufende Auseinandersetzungen. Wir beide werden uns wahrscheinlich noch in Zukunft öfters im Südburgenland an der B 65 treffen, zum Bau der S 7. Was die Kollegin Braunrath und mich betrifft, so haben wir nie eine persönliche Beziehung aufgebaut. Es hat offensichtlich immer wieder sehr starke ideologische unterschiedliche Auffassungen gegeben. Mit dem Kollegen Resetar hat sich mein Kollege des Öfteren „gematcht“. Also, wie gesagt, unsere Beziehung war sehr stark von Auseinandersetzung geprägt. Ich hoffe im Nachhinein, dass alles im Rahmen geblieben ist und dass ich dabei niemanden persönlich verletzt habe.

Wie gesagt, die politische Auseinandersetzung ist auch gut für die Demokratie. Es gibt verschiedene Standpunkte. Ich weiß was es heißt, politisch zu arbeiten. In diesem Hinblick möchte ich auch Dank sagen, für die Arbeit die Sie für das Land Burgenland zu unser aller Wohl geleistet haben. Denn eines glaube ich, dass man jedem und jeder zugestehen muss, dass alles, was sie tun, zum Wohle der Menschen geschieht und nicht aus Eigennutz. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen Gesundheit, Erfolg und Zufriedenheit auf Ihrem weiteren Weg. Ich denke, das „Pinkerl“ ist gepackt für den Weg zu einem neuen Lebensabschnitt. Ich wünsche Ihnen alles Gute. *(Allgemeiner Beifall)*

Dritter Präsident **Dr. Moser** (der den Vorsitz übernommen hat): Herr Landesrat Kaplan hat sich zu Wort gemeldet.

Landesrat **Kaplan**: Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Meine Herren Regierungskollegen! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Zunächst möchte ich mich entschuldigen, dass ein, ich glaube wichtiger Tagesordnungspunkt, hier ein wenig über den „Haufen“ geworfen wird. Ich bin unschuldig - wie immer. Dennoch freut es mich natürlich, dass man am Ende eines langen Weges versöhnliche Töne hört. Es war ein langer Weg. Ich hätte am 1. Juni des heurigen Jahres das 30. Jahr in der Politik begonnen. Sicherlich, in der Geschichte der Menschheit ist das nur ein Wimpernschlag.

In der Politik glaube ich doch, ist das eine lange Zeit, ein langer Raum, den ich in meinem Leben auch gerne der Politik gewidmet habe. Diese Zeit war nicht nur lange, sondern auch aufregend. Ich freue mich natürlich, dass ich in verschiedenen Funktionen in der Landespolitik tätig sein durfte.

Ich bin Interessensvertreter gewesen. Heute wurde schon gesagt, ich war Bundesrat, ich war Klubobmann, ich bin in der Landesregierung seit 1996. In dieser Zeit hat sich sehr vieles verändert. Ich möchte mich natürlich auch bei allen Rednern bedanken. Der Klubobmann Berlakovich hat die Erfolge aufgezählt und auf mich gemünzt. Ich möchte das in aller Bescheidenheit zurückweisen. Ich glaube, das waren unsere Erfolge und wir sollen stolz darauf sein.

Im Burgenland hat sich Unwahrscheinliches verändert, bedingt durch gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Veränderungen in Mitteleuropa. Ich glaube, wir haben es verstanden diese Veränderungen für unser Land zu nützen. Ich freue mich natürlich, dass ich an den verschiedensten Funktionshebeln mit dabei sein durfte und auch meinen Beitrag dazu leisten konnte. Natürlich waren die letzten acht Jahre in der Landesregierung die aufregendsten für mich, weil es die Zeit war, die politisch sehr vieles an den Tag gelegt und sehr vieles verändert hat.

Die Ostöffnung und der EU-Beitritt waren natürlich Veränderungen die uns alle, ich möchte fast sagen, überrascht haben. Aber ich glaube wir dürfen heute mit Stolz sagen, dass wir die Chancen, die sich aus den Veränderungen ergeben haben, auch genutzt haben. Ich bin überzeugt, wir werden auch den 1. Mai 2004 zum landespolitischen Vorteil, zum Wohle der Bürger dieses Landes nützen.

Ich war mit dabei, ich war gerne dabei. Ich scheide aber jetzt nicht mit Wehmut, sondern ich freue mich eigentlich auf den nächsten Lebensabschnitt. Ich bin überzeugt, der wird ganz ganz super. Ich möchte mich auch bei dem einen oder anderen entschuldigen, wenn ich mit meiner Art, die nicht immer die feine „englische“ war, vielleicht jemanden beleidigt habe. Ich wollte das nicht. Aber in der Hitze des Gefechtes sagt man vieles, was einem nachher Leid tut.

Ich habe immer versucht, auch wenn es meinen Vorstellungen entsprochen hat, gegen den Strom zu schwimmen. Denn nur der, der gegen den Strom schwimmt, kommt an den Quell. Ich glaube in einigen Bereichen ist mir das gelungen. Sollte ich das eine oder das andere Mal über das Ziel hinausgeschossen haben, so bin ich überzeugt, dass Sie mir das sicherlich verzeihen werden.

Ein Lebensabschnitt geht zu Ende. Ich möchte nicht zurückschauen. Ich glaube, wenn man immer nur nach hinten schaut, wird man alt. Ich möchte nach vorne schauen, dann bleibt man jung. Ich glaube, für einen jungen Sechziger gibt es noch viel zu tun. Es gibt also genügend Arbeit. Ich kann Sie beruhigen, ich werde nicht rasten und rosten, sondern ich werde natürlich versuchen wieder andere Aufgaben wahrzunehmen. Es gibt sicherlich jede Menge zu tun. Ich möchte mich bei Ihnen sehr sehr herzlich bedanken, dass ich über einen langen Zeitrahmen dabei sein durfte. Ich werde gerne wiederkommen.

Der Herr Kollege Bieler hat mich vorher gefragt, ob ich am 27. Mai dabei sein werde. Ich habe ja gesagt, aber ich werde 2,5 Meter weiter rechts sitzen. Das heißt, ich werde gerne kommen. Ich werde mit großer Aufmerksamkeit die Politik des Landtages, des Landes verfolgen. Das ist für mich überhaupt keine Frage. Ich werde Sie immer wieder gerne sehen. Ich hoffe, dass Sie mich dann auch noch kennen werden.

In diesem Sinne wünsche ich der Landesregierung, dem Hohen Haus, dem Land Burgenland, viel Glück, viel Erfolg und eine friedliche Zukunft. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

Dritter Präsident **Dr. Moser**: Der Applaus hat die Wertschätzung bewiesen. Ich möchte nicht sagen, dass es eine Zwischendebatte war, sondern ein Einschub der angebracht war. Ich möchte mich auch namens des Landtagspräsidiums sehr sehr herzlich bei Herrn Landesrat Kaplan für die Arbeit bedanken, die er für das Land Burgenland geleistet hat. Herzlichen Dank. Aber auch sehr herzlichen Dank an die Abgeordneten Braunrath, Resetar und Thomas für ihre Leistungen für das Land Burgenland. Danke schön.

Wir gehen weiter in der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag^a. Margarethe Krojer.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete **Mag^a. Margarethe Krojer** (Grüne): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident! Die Regie ist irgendwie ein wenig aus den Fugen geraten. Es ist schwierig, jetzt nach Abschiedsstimmungen und Danksagungen, noch einmal in die Materie einzusteigen. Ich kann das nicht einfach so ungesagt im Raum stehen lassen! Ich möchte mich bei jenen bedanken, die sich klar abgegrenzt haben, von dem was der Kollege Tschürtz gesagt hat.

Ich war eigentlich unheimlich entsetzt. Das was Sie uns heute geboten haben, war „Verbalradikalismus“ der übelsten Sorte. So etwas habe ich hier in diesem Hause noch nie gehört. Das ist genau das Klima, in dem der Nährboden für Nationalismus und seinen extremen Ausformungen geschaffen wird. Ich nehme nichts zurück. Ich sage, dass genau dieses Klima die Angst vor Fremden schürt. Das ist der Nährboden für Nationalismus. Wir brauchen uns nur das Beispiel am Balkan anschauen. *(Abg. Dr. Salzl: Ihr verschließt die Augen vor der Realität! - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Nationalismus kommt zuerst, dann kommt lange nichts und dann kommen genau diese zwei Klassengesellschaften.

Wir wissen aus der Geschichte, dass Nationalismus immer wieder die Ursache für Verfolgung, Vertreibung und für Krieg war. Ob es jetzt der Nationalismus des 19. Jahrhunderts ist oder der Nationalismus auf dem Balkan, ist ganz egal. Immer wenn es

heißt: „Wir zuerst und Fremde bleibt dort wo Ihr seid“, ist das eine Form, die ich in dieser Entschiedenheit zurückweisen möchte.

Wir unterscheiden nicht zwischen Menschen mit unterschiedlicher Hautfarbe. Wir sehen einfach wenn Menschen in Not sind. Dann ist es egal ob sie schwarz, weiß, gelb oder sonst wie sind. Es ist egal ob sie AusländerInnen sind oder nicht. Wenn ich heute hier von einer Zweiteilung der Gesellschaft in diesem Landtag höre, wo es Ihrer Meinung nach Menschen mit einer Genehmigung für das Fotografieren gibt und Menschen ohne Genehmigung und Sie von einer Zweiteilung der Gesellschaft sprechen, dann halte ich das im Zuge dieser Debatte für einen Affront.

Wie gesagt, das was wir heute gehört haben - ich möchte das wirklich noch einmal betonen - war „Verbalradikalismus“ der übelsten Sorte. Ich hoffe, dass wir in diesem Hohen Haus und auch andere den Mut haben, gegen solche Leute aufzustehen und sich dagegen auszusprechen. *(Beifall bei der SPÖ und bei den Grünen)*

Dritter Präsident **Dr. Moser:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Salzl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Dr. Salzl** (FPÖ): Frau Kollegin Krojer, im Gegensatz zu Ihnen, haben wir den Mut für die Österreicherinnen und Österreicher und für die Burgenländerinnen und Burgenländer aufzustehen und nicht für irgendwen anders. Ich stehe nicht auf, für die die einbrechen gehen und für die, die die Kriminalitätsrate in die Höhe treiben, sondern ich trete dafür ein, dass diese Menschen sofort und bedingungslos aus diesem Land abgeschoben werden. *(Beifall bei der FPÖ)* Das ist ein Faktum. Der Abgeordnete Tschürtz hat Fakten aufgeführt. Er hat aus Statistiken und aus Fakten zitiert. Er hat aus Fakten zitiert, *(Abg. Mag. Vlasich: Er hat aus der Kronen Zeitung zitiert!)* dass die Zahl der Einbrüche enorm gestiegen ist.

Jede Burgenländerin und jeder Burgenländer hat das mittlerweile am eigenen Leib erfahren, selber gespürt oder von anderen gehört. Das ist ein Faktum. Es ist nicht wegzudiskutieren, dass die Kriminalitätsrate gerade im Burgenland enorm angestiegen ist. Herr Kollege Vlasich, wenn Sie glauben, Sie können mir etwas anderes erzählen, dann stimmt es einfach nicht. Die Zahl der Straftaten ist enorm angestiegen. Die Einbrüche sind enorm angestiegen. Lesen Sie tagtäglich die Zeitungen, dann wissen Sie, was sich speziell im Burgenland abspielt. Was sich bei Hauseinbrüchen abspielt, was sich bei Autoeinbrüchen abspielt, was sich bei Diebstählen abspielt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind Fakten. Auf diese Fakten hat die Politik zu reagieren, auch wenn es den Grünen nicht gefällt. Die Politik hat die Weichen zu stellen und hat zu reagieren. Sie hat das Bestmögliche daraus zu machen. Es sind Fakten, dass auch im Burgenland vor den Schulen die Drogendealer stehen. Es sind hauptsächlich Schwarzafrikaner wie in Wien. Das sind Fakten, Herr Kollege Vlasich. Ich weiß schon, Sie werden den nicht „weißreden“ können. Er ist eben Schwarzafrikaner. Ich sage das ohne Emotionen. Das sind Fakten. Die Zahl der Drogenkriminalität und die Zahl der Drogenabhängigen ist noch nirgends und noch nie so stark angestiegen wie im Burgenland in den letzten Jahren. Das sind auch Fakten.

Sie werden nicht in der Lage sein diese Fakten zu negieren. Drogenkriminalität zerstört die Familien, zerstört den Familienzusammenhalt und bringt in die Familien ein Desaster, meine sehr geehrten Damen und Herren. Drogenkriminalität zerstört den Grundkonsens in unserer Gesellschaft. Dass die Grünen mit dieser Gesellschaft, mit der Familie und mit dem Zusammenhalt in der Familie noch nie etwas auf dem Hut gehabt haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, (*Abg. Mag. Vlasich: Wo haben Sie das her?*) ist aus den letzten zehn Jahren und aufgrund der verschiedensten Wortmeldungen leicht nachvollziehbar, Herr Kollege Vlasich. Sie können mir 20-mal dazwischenreden, es ist Faktum, so wie die anderen Fakten einfach auf dem Tisch liegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Tschürtz hat als Exekutivbeamter seiner Sorge Ausdruck verliehen, dass die Zahl der Drogenkriminalität ansteigt, dass die Zahl der Einbrüche ansteigt und dass all diese Delikte massiv ansteigen. Selbst viele unabhängige Experten warnen davor, dass es mit dem EU-Beitritt am 1. Mai zu einem massiven Schub, zu einem massiven Anstieg kommen wird. (*Zwischenruf der Abg. Gabriele Arenberger*)

Frau Kollegin Arenberger, ich höre Ihnen auch immer gerne zu. Hören Sie mir zu! Ich weiß schon, alles was gegen Ihre Ideologie spricht, ist von Haus aus falsch. Sie wollen mir wahrscheinlich erzählen, dass die Kriminalitätsrate nicht angestiegen ist. Zwei Drittel der Kriminalfälle wurden von Nicht-Österreichern begangen. Das ist wahrscheinlich auch nicht richtig. In Wahrheit gibt es diese Kriminalitätsrate eigentlich gar nicht. Wenn es so ist, dann werden Sie mir das alles erklären. Nur die Wahrheit ist eine andere. Wir haben dieser Wahrheit Rechnung zu tragen. Das ist einmal auch in diesem Zusammenhang zu sagen.

Wenn der Kollege Tschürtz als Exekutivbeamter seiner Sorge Ausdruck verleiht, dass mit dem EU-Beitritt, mit der Grenzöffnung und mit der geringen Kontrolle die Zahl der Drogendelikte, sowie andere spezielle Einbruchsdelikte massiv ansteigen werden und sogar Experten und auch der Herr Innenminister davor warnen, dass auf der einen Seite ein Riesenproblem für unsere Gesellschaft entsteht, dann wird man das erstens, ansprechen dürfen, zweitens, meiner Meinung nach sogar ansprechen müssen und drittens, auch darauf reagieren müssen.

Reaktion darauf ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass gerade im Grenzgebiet, gerade im Burgenland die Zahl der Gendarmeriebeamten aufzustocken ist und die Sicherheit zu verbessern ist. Niemand darf einen Arbeitsplatz im Exekutivbereich in Frage stellen. Wir haben alles zu tun, um diese Sicherheit auch in Zukunft zu gewährleisten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, unabhängig von Rasse, Hautfarbe oder sonstigem. Sie werden nicht in der Lage sein hier polemisch zu sagen: „Wir sind gegen die einen oder die anderen.“ Wir sind für das Burgenland und für die Menschen hier. Wir sind für die Österreicher. Wir sind gegen die Kriminalität. (*Beifall bei der FPÖ*)

Wir sind gegen die Kriminellen. Ich hoffe und wünsche mir, dass dieses Problem auch EU-weit möglichst rasch an der Wurzel gepackt wird, und dass alle, die in unserem Bereich straffällig geworden sind, kriminell geworden sind, ohne lange Verhandlung und ohne langes Verfahren abgeschoben werden, denn diese Menschen haben in unserer Gesellschaft nichts verloren. Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ*)

Dritter Präsident **Dr. Moser:** Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dr. Rezar.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Dr. Rezar:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Klubobmann Berlakovich hat zu Recht auf die große burgenländische Tradition in der Vergangenheit im Rahmen der humanitären Hilfe hingewiesen. Es waren Beiträge wie 1956 nach dem Ungarn-Aufstand. Sie haben zu Recht den Fall des Eisernen Vorhanges genannt und die Balkankrisen angesprochen, die es gegeben hat, wo zahlreiche Burgenländerinnen und Burgenländer spontan Hilfe geleistet haben, wo Humanität, wo Solidarität im Vordergrund dieser Hilfe gestanden ist. Eigentlich wurde nicht gefragt. Es waren großartige Beiträge, auf die wir eigentlich stolz sind.

Wenn wir uns zurückerinnern, wenn wir zurückblättern im großen Buch der Geschichte, was wäre gewesen, wenn tausende Burgenländerinnen und Burgenländer, die nicht freiwillig, aber dennoch zu Beginn des vorvorigen Jahrhunderts ihr Heimatland aus wirtschaftlicher Not verlassen haben, wenn die nicht in Nordamerika oder Südamerika aufgenommen worden wären? Ich glaube, gerade wir Burgenländer haben eine historische Verpflichtung im Rahmen dieser Humanität sich entsprechend zu entfalten. Wir müssen uns dieser Verantwortung bewusst sein. Ich bin, wie gesagt, froh und stolz, dass es im Burgenland diese vielfältigen Hilfen gegeben hat.

Ich halte es wirklich für unzulässig, in diesem Zusammenhang in der Debatte eine Verknüpfung von Asylwerbern und Kriminalität zu führen. Das geht am Thema vorbei, Herr Kollege Tschürtz. Glauben Sie mir, damit schüren Sie Ängste in der Bevölkerung. Das ist der falsche Weg. Es gibt auch im Burgenland sehr viele Beispiele dazu. Wir sind seit Jahren in allen Quartieren, die wir haben, mit diesen von Ihnen genannten Problemen nicht konfrontiert. Nachweislich kam es zu keinen kriminellen Übergriffen. Glücklicherweise ist es gelungen, hier integrierend zu wirken.

Ich bin auch sehr, sehr stolz auf die zahlreichen NGO's, die sich hier eingebracht haben. Ob das die Caritas oder SOS-Mitmensch gewesen ist, sie haben hier wirklich Großartiges in den letzten Jahren geleistet. Das Burgenland hat im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten diese NGO's unterstützt.

Wir haben auch, ich darf Ihnen das berichten, schon seit einigen Jahren im Rahmen der Bundesbetreuung, die vom Burgenland geforderte Quote erfüllt. Wir sind jahrelang um zehn bis 30 Prozent über der entsprechenden Quote gelegen. Diese Quote ändert sich täglich. Es gibt täglich neue Voraussetzungen. Wir haben natürlich gerade in den letzten Tagen das Problem gehabt, dass wir zusätzliche Asylwerber unterbringen mussten. Das ist uns unter den schwierigsten Bedingungen gelungen.

In der Vergangenheit hat das Land jeweils auf Anbote reagiert, wo Quartiergeber, zumeist aus der gewerblichen Wirtschaft, dem Land Quartiere angeboten haben. Wir haben die Eignung dieser Quartiere überprüft und haben dann jeweils mit den Quartiergebern Vereinbarungen abgeschlossen. Das ist uns gelungen und das ist uns auch in den letzten Tagen glücklicherweise gelungen, ohne dass es in den jeweiligen Gemeinden Probleme gegeben hätte. Wir müssen aufgrund des Bevölkerungsschlüssels 3,45 Prozent unterbringen.

Das bedeutet für das Burgenland, dass wir ab dem 1. Mai 2004 rund 350 Quartiere zur Verfügung stellen müssen. Aktuell haben wir knapp 400 Quartiere zur Verfügung gestellt. Das heißt, wir versuchen natürlich auch bestehende Quartiere zu entlasten, um die Qualität der Betreuung zu verbessern. Das ist die eine Seite. Zum anderen müssen wir natürlich auch jene Quartiere, die beispielsweise von der Caritas zur Verfügung gestellt werden, künftig in dieses Modell der Grundversorgung integrieren. Darüber hinaus betreuen wir eine ganze Reihe von hilfsbedürftigen Personen im Bereich der burgenländischen Sozialhilfe, sodass wir künftighin etwas mehr als 600 Quartiere zur Verfügung stellen können.

Uns unterscheidet zu anderen Bundesländern, dass wir jedenfalls die Quote erfüllen. Ich hoffe, dass das auch alle anderen Bundesländer können. Der Bund geht von etwa 16.000 Asylwerbern künftighin aus. Aktuell waren es etwa 10.000. Ich habe angemerkt, dass sich diese Zahl sehr unterschiedlich gestaltet, dass sie tagtäglich schwankt. Ich hoffe, dass auch der Bund seine Verpflichtungen aus dieser Vereinbarung künftig erfüllen kann.

Das Burgenland wird seiner, mit dieser Vereinbarung eingegangenen Verpflichtung nachkommen. Ich hoffe insbesondere, dass Humanität und Solidarität in unserer Gesellschaft auch künftighin unverzichtbare Werte bleiben werden. In diesem Sinne danke ich jenen Fraktionen, die dieser Vereinbarung ihre Zustimmung geben können. Denn das ist ein Garant dafür, dass es diese hohen Werte in unserer Gesellschaft auch künftighin für alle Menschen geben kann. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritter Präsident **Dr. Moser:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Salzl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Dr. Salzl** (FPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landesrat! Zwei Anmerkungen dazu. Auch ich kann mich sehr gut an das 56er-Jahr erinnern. Ich kann mich sehr gut an die Ungarnflüchtlinge erinnern und ich kann mich sehr gut an die humanitäre Hilfeleistung des Burgenlandes erinnern. Eine großartige Leistung. Gerade im Grenzgebiet haben viele Menschen in diesen Kriegswirren dazu beigetragen, den Menschen ein Überleben und auch eine zukünftige Existenz zu sichern. Wir alle haben mitgeholfen.

Meine Eltern haben mitgeholfen, meine Großeltern haben mitgeholfen. Ich selber als kleines Kind war vielleicht nur am Rande dazu in der Lage. Ich war damals acht oder zehn Jahre alt. Ich hab mich aber trotzdem an der Hand meines Großvaters mit vielen dieser ungarischen Flüchtlinge unterhalten können und unterhalten. Mein Großvater hat damals als Dolmetsch agiert. Wir haben versucht, diesen Menschen die Möglichkeit zu geben, nicht nur hier bestmöglich in Notquartieren untergebracht zu werden, sondern wir haben versucht, ihnen auch eine Existenzbasis zu geben, um nach Deutschland oder nach Übersee weiterziehen zu können.

Das ist das eine. Das sind Kriegsflüchtlinge, da steht alles außer Streit. Menschen die in Not sind, ist selbstverständlich zu helfen. Dabei hat humanitäre Hilfeleistung oberste Priorität. Das ist oberste Pflicht einer Zivilgesellschaft. Daher ist das ein Thema, über das zwar zu reden ist, aber das hier von dieser Diskussion auszunehmen ist. Ich glaube, das steht vom Grundkonsens her, generell außer Streit.

Wir haben Probleme mit der Anzahl der Asylanten. Vielen dieser Asylanten, die in Not sind, ist auch zu helfen. Viele davon finden als Wirtschaftsflüchtlinge irgendwo in irgendeinem Bereich über irgendein Land in der EU Unterschlupf. Pässe und Papiere werden vorher weggeworfen, falsche Identitäten werden angegeben. Sehr viele, die irgendwo im vorherigen Land mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind, versuchen unter Verleugnung ihrer bisherigen Identität Unterschlupf zu finden. Das ist auch genau der Grund, warum vielfach Leute mitkommen, die in anderen Ländern kriminell geworden sind.

Das ist ein Faktum. Ich glaube auch, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht gegeben ist, dass man diesen Menschen eine Rutsche legt und ihnen hilft. Diese Menschen sind einfach anders zu behandeln wie jene, die in eine Notsituation gekommen sind und Hilfe brauchen. Genau um diese Differenzierung geht es. Sonst geht es um nichts. Diese Differenzierung möchte ich in aller Deutlichkeit unterstreichen. Mir geht es nicht um Menschen, die in Not sind. Denen ist zu helfen.

Mir geht es um Menschen, die nicht in Not sind. Hier differenziere ich sehr genau. Wenn diese Menschen noch dazu kriminell geworden sind, straffällig geworden sind und ein Schaden für unsere Gesellschaft sind, dann ist mit anderen Mitteln gegen sie vorzugehen. Dann ist ihnen einfach nicht eine goldene Brücke zu bauen, sondern dann sind sie abzuschieben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Zum Zweiten. Herr Landesrat, ich habe gestern oder war es heute, in einer Zeitung gelesen, dass im Burgenland noch immer nicht alle Flüchtlinge untergebracht sind. Jetzt weiß ich schon, dass es redliche Bemühungen gegeben hat. Das spreche ich nicht ab. Ganz im Gegenteil, ich glaube, dass das Burgenland eine hervorragende Arbeit in Bezug auf die Unterbringung dieser Asylanten geleistet hat. Ich stehe nicht an, das zu sagen. Nur Tatsache ist, wenn wir mehr als die notwendige Anzahl von Quartieren hätten, dann bräuchte man nicht in Sauerbrunn, oder wo auch immer, zusätzliche Quartiere schaffen.

Das ist das eine. Zweitens. Wenn alle, die im Burgenland zu betreuen, zu versorgen sind, untergebracht sind, dann bräuchte man auch nicht, egal wo, zusätzliche Quartiere schaffen. Wenn das Burgenland seine Aufgabe erfüllt hat, dann bin ich sehr froh darüber. Ich sage das auch in der Deutlichkeit. Wir haben ja auch prinzipiell gesagt und auch der Hans Tschürtz als Erstredner hat es artikuliert, wir werden dieser Vereinbarung zustimmen. Wir sind nicht gegen diese Vereinbarung. Aber wir wollen in aller Deutlichkeit einfach die Problematik aufzeigen, die es derzeit bereits gibt und die sich möglicherweise mit dem EU-Beitritt, verschärfen wird. Ich hoffe, es stimmt nicht, was manche Experten sogar sagen - man kann vielleicht hier von Schwarzmalen reden -, dass nämlich ab dem Zeitpunkt des EU-Beitrittes die Kriminalitätsrate noch zusätzlich ansteigen und die Schwierigkeit für die Bevölkerung noch eine größere werden wird. Wir wünschen uns alle, dass sie zurückgeht, dass wir keine oder weniger Probleme haben und dass alles bestens ist. Ich glaube, da können wir uns bei einem Konsens treffen. Das würden wir uns alle wünschen.

Nur Tatsache ist, dass man einfach die Augen nicht verschließen darf, dass man die Realität einfach sehen muss, der Realität ins Auge zu schauen hat und dass man versuchen muss, gerade in einer Grenzregion wie im Burgenland die notwendigen Weichenstellungen zu treffen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritter Präsident **Dr. Moser:** Wortmeldungen liegen keine mehr vor, der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort. (*Abg. Stacherl: Ich verzichte!*)

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich (Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG) wird gemäß Art. 81 Abs. 3 L-VG mehrheitlich zur Kenntnis genommen.